

DEUTSCHE POLIZEI

JANUAR 2017 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

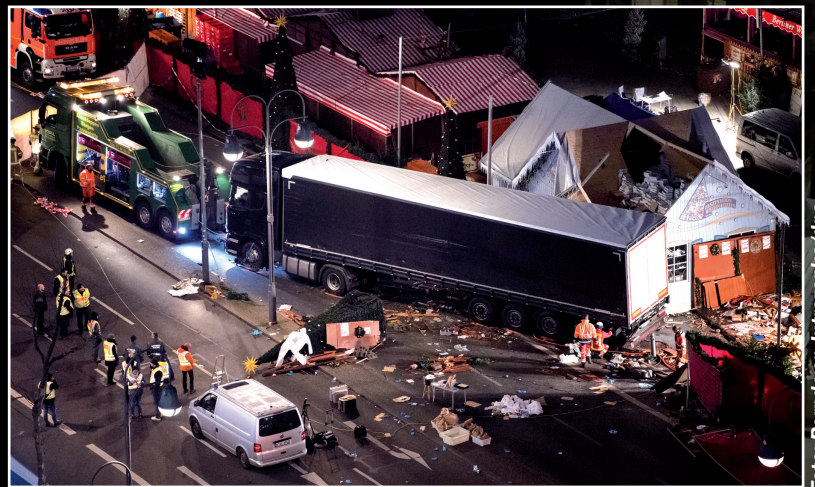


Foto: Bernd von Jützenka/dpa

Nach Redaktionsschluss: Viele Tote und Verletzte bei Anschlag in Berlin. Neue Herausforderung für die Polizei.

**Ein Jahr nach Köln:
Mehr Sicherheit
bei Großveranstaltungen**



Auch die tapfersten Beschützer
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen



Foto: Helecek

Während der gastgebende Außenminister Frank-Walter Steinmeier vom OSZE-Gipfel im Dezember in Hamburg möglicherweise mehr erwartet hatte, konnte die Polizei hingegen ihr Versprechen halten: Sie hat die Herausforderung, eine Vielzahl von Außenministern, aber auch das Grundrecht auf Demonstrationen inmitten einer Millionenmetropole zu schützen, mit Bravour gemeistert. **Seite 14**

INTERVIEW



Foto: Zielasko

Seit gut zwei Jahren steht GdP-Mitglied Holger Münch als Präsident an der Spitze des Bundeskriminalamtes (BKA). DEUTSCHE POLIZEI (DP) befragte den 55-jährigen Polizisten aus Norddeutschland zur aktuellen Sicherheitslage und mit Blick auf das gerade begonnene Bundestagswahljahr 2017. **Seite 21**

INTERNATIONALES



Foto: Zielasko

Rund 40 Fußball-Experten aus den Niederlanden und Deutschland erörterten Ende November im Brüsseler GdP-Büro die Fußballstörer-Lage sowie Sicherheitskonzepte in ihren Heimatländern und blickten vor dem Hintergrund des im Frühsommer in Moskau und drei weiteren russischen Städten stattfindenden Confed Cups in die nähere internationale Fußball-Einsatz-Zukunft. **Seite 27**

- 2 **TITEL/FRAUEN** „Ich hoffe, dass ich so etwas nie wieder erlebe!“
- 4 „Nein“ hieß schon immer „Nein“
- 5 Kinder, Küche, Moschee? – Das Frauenbild im Islam
- 7 Gegen Vollverschleierung
- 9 GdP-Frauen: Es wird immer selbstverständlicher, auf Polizistinnen einzuschlagen
- 10 Bundespolizistinnen im Migrationseinsatz
- 11 **TARIF** Gewerkschaften fordern 6 Prozent für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in den Ländern
- 13 **TERMIN** Offenes Motorradtreffen für nicht organisierte Biker in Polizei, Justiz und Zoll und deren Angehörige
- 13 **BUNDESTARIFKOMMISSION** Neuregelung der Entgelte nach dem Tarifabschluss für Bund und VKA 2016
- 14 **OSZE-MINISTERRAT** Polizei meistert Herausforderungen
- 16 Große Anerkennung für Hamburger Polizeieinsatz
- 17 **BKA-HERBSTTAGUNG** Bundesinnenminister kündigt neue IT-Architektur an
- 20 **BILDUNGSREISEN** Warum Reisen so schön bildet
- 21  **INTERVIEW** BKA-Präsident Münch: Sicherheitslage echter Belastungstest für die deutsche Polizei
- 24  **NACHRICHTEN**
- 27 **INTERNATIONALES** GdP-EU-Beauftragter Bruchmüller: „Wir müssen mit Krawallen weit entfernt von den Spielorten rechnen“
- 33 **SENIOREN**
- 37  **TIPPSPIEL** Hinter den Kulissen des schwarz-gelben Hexenkessels
- 38 „Wir haben ein Wohlfühlpaket bekommen“
- 39 **FORUM**
- 40 **IMPRESSUM**



TITEL

FRAUEN

**„Ich hoffe, dass ich so etwas
nie wieder erlebe!“**



Vor einem Jahr haben die Ereignisse in der Silvesternacht auf der Domplatte in Köln wochenlange intensive Diskussionen ausgelöst. Dabei wurde von der Politik auch das Thema Innere Sicherheit nach Jahren wieder in den Mittelpunkt gerückt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Arnold Plickert und die stellvertretende GdP-Bundesfrauenvorsitzende Martina Filla sprechen in DEUTSCHE POLIZEI (DP) über die Lehren des Geschehens in der Domstadt.

DEUTSCHE POLIZEI: In Köln hat es unter den Augen der Polizei Hunderte sexuelle Übergriffe auf Frauen gegeben. Auch mehrere Kolleginnen sind massiv belästigt worden. Was bedeutet das für die Polizisten, die vor Ort eingesetzt waren?

Martina Filla: Für uns war Köln ein Schock. Dass Kolleginnen angepöbelt werden, insbesondere von Menschen, die mit anderen Wertevorstellungen nach Deutschland gekommen sind, sind wir schon lange gewöhnt. Aber, dass es massive Übergriffe auf uns Frauen gibt, und die eigenen Kollegen können nicht helfen, das habe ich noch nie erlebt. Und ich hoffe, dass ich das auch nie wieder erleben werde!

Arnold Plickert: Auch die Polizisten, die auf der Domplatte eingesetzt waren, waren von den Ereignissen geschockt. Niemand hat das vorher für möglich gehalten.

DP: Die Kölner Silvesternacht hat zu einem massiven Vertrauensverlust für die Polizei geführt. Wie kann verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückgewonnen werden?

Plickert: Was in Köln passiert ist, ist schlimm, aber ich glaube nicht, dass die Silvesternacht zu einem dauerhaften Vertrauensverlust für die Polizei geführt hat. Vor allem, weil wir sehr schnell auf die Übergriffe reagiert haben. Schon beim Karnevaleinsatz haben die Menschen gesehen, dass die Polizei alles unternimmt, damit es kein Köln zwei gibt. Viele Bürger sind auf die Kolleginnen und Kollegen zugegangen und haben gesagt: Schön, dass ihr da seid! Wir fühlen uns sicher.

DP: Das geht aber nur mit einem sehr hohen Personaleinsatz. Silvester 2015 waren auf der Domplatte 130 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz. Zum jetzigen Jahreswechsel waren mehr als 1.000 Kollegen vor Ort...

Filla: Die Silvesternacht 2015 war eine Ausnahmesituation, auch für die Polizei. Man muss sich das mal vorstellen: Die Kolleginnen und Kollegen

gehen gemeinsam raus in den Einsatz und dann wird eine Kollegin massiv begrapscht, und du kannst ihr nicht helfen! Das löst unheimlich viel im Kopf aus, weil es bei uns ein Vertrauensverhältnis untereinander gibt.



Die Kölner Silvesternacht hat eine nachhaltige innenpolitische Debatte ausgelöst: (v.l.) Die stellvertretende GdP-Frauenvorsitzende Martina Filla, GdP-Vize sowie NRW-Landeschef Arnold Plickert und DP-Landesredakteur Stephan Hegger im Meinungsaustausch.

Foto: Britta Huy

Jeder muss sich auf den anderen verlassen können. Dem anderen lege ich im Zweifelsfall mein Leben in die Hand – und er kann mir dann nicht helfen!

DP: Nach Köln hat es eine intensive Diskussion über das Versagen der Polizei gegeben. Gab es auch ein Politikversagen?

Plickert: Die Kölner Silvesternacht war ein zweifacher Wendepunkt. Zum einen markiert sie das Ende der grenzenlosen Willkommenskultur. Zum anderen war diese Nacht ein Wendepunkt in der Sicherheitspolitik in Deutschland. Nach dieser Nacht hat es beim Bund und bei allen Ländern ein Umdenken gegeben, was die Personalstärke der Polizei betrifft. Nachdem die

Politik fast 15 Jahre überall Personal abgebaut hat, überbieten sich jetzt die Länder fast mit der Einstellung von Polizisten.

DP: Heißt das, dass die Politik eine Mitverantwortung für die Kölner Silvesternacht trägt?

Plickert: Ein konkretes politisches Versagen von Innenminister Jäger sehe ich nicht, aber es gibt Fehlentscheidungen der Politik, die Köln erst möglich gemacht haben. Wer über Jahre hinweg trotz zunehmender Aufgaben die Polizeistärke reduziert, darf sich nicht wundern, dass wir personell

am Ende sind. Die Politik hat die Polizei zu lange im Stich gelassen. Sie hat sich zu lange dem Gefühl hingeeben: Es ist alles gut, es läuft alles friedlich, deshalb können wir die Polizei reduzieren – das war der Kardinalfehler.

DP: Jetzt werden nicht nur wieder mehr Polizisten eingestellt, sondern auch viele Gesetze wurden bereits geändert. Reicht das, um eine Wiederholung von Köln zu verhindern?

Filla: Nein. So lange wir die Menschen, die aus anderen Kulturen nach Deutschland gekommen sind, nicht vernünftig integrieren, so lange wir nichts gegen die Herausbildung von Ghettos unternehmen, werden die Probleme bleiben. Hinzu kommt, dass wir auch



deutsche Bürger haben, die es an Respekt gegenüber unseren Kollegen vermissen lassen. Die Frauen als Schlampe beschimpfen und uns angreifen. Um das zu ändern, brauchen wir nicht nur gute Konzepte, sondern Zeit.

DP: Viele Kollegen fühlen sich nach Angriffen von den Gerichten im Stich gelassen...

Filla: Hier muss was passieren. Die Bestrafung muss auf dem Fuße erfol-

gen, zum Beispiel durch einen Staatsanwalt vor Ort. Es kann nicht sein, dass ein Richter noch immer sagt, dass es zum Polizeiberuf dazu gehört, dass man sich beschimpfen und bespucken lässt. Nein, das muss ich nicht!

Plickert: Mit der Kritik an den Gerichten sind wir immer schnell und fragen: Warum werden die Verfahren eingestellt, warum werden die Tatverdächtigen nicht festgenommen? Dazu muss man wissen: So, wie die Gesetze

heute sind, können wir Tatverdächtige oft gar nicht festnehmen, weil die zu erwartende Strafe viel zu gering ist oder weil keine Flucht- und Verdunklungsgefahr besteht. Eine Lehre aus Köln ist deshalb, dass wir die Gesetze ändern müssen, vor allem im Hinblick auf die Verfolgung von Intensivstraf Tätern. Das hat inzwischen auch die Politik erkannt.

Das Interview führte DP-Landesredakteur Stephan Hegger.

KOMMENTAR

„Nein“ hieß schon immer „Nein“

Das war schon immer so. Daran wird auch eine, wie ich finde, unnötige Verschärfung des Sexualstrafrechts nichts ändern. Durch den Druck aus Frauenverbänden, Frauenberatungsstellen, Frauennotrufen, dem Juristinnenbund, von Terre des Femmes und dem Deutschen Frauenrat wurde eine Verschärfung dennoch beschlossen. Die Frauen sind nun zufrieden, sollte man meinen. Doch was erreichen wir durch die Verschärfung wirklich? Ich meine nichts, was uns Menschen wirklich nützt. Und da beziehe ich deutlich den Mann mit ein.

Unser bisheriges Strafrecht und die darin enthaltenen Strafandrohungen sind absolut ausreichend. Auch bisher war es strafbar, einen anderen Menschen zu sexuellen Handlungen oder Duldungen zu zwingen, die er oder sie nicht will. Dafür reichte auch bislang ein klares „Nein“ aus.

Die Forderer argumentierten jedoch, dass ein Täter Gewalt anwenden, sein Opfer bedroht oder dessen schutzlose Lage ausgenutzt haben musste, um sich nach dem Paragraphen 177 Strafgesetzbuch strafbar zu machen. Im Eckpunktepapier zur Reform des Sexualstrafrechts – mit dem Grundsatz „Nein heißt Nein“ vom 16. Juni, das elf Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU und SPD verantworten, steht, das Fälle straflos blieben, in denen „das Opfer mit Worten widerspricht, vom Täter überrascht wird, aus Angst erstarrt ist und sich nicht wehrt, körperlichen Widerstand als aussichtslos erachtet oder befürchtet, sich dadurch weitere gravierende Verletzungen zuzuziehen“. Das stimmt so nicht.

„Grapschen“ ist bislang schon strafbar

War ein Opfer beispielsweise „aus Angst erstarrt“ nicht zur Gegenwehr

fähig und der Täter nutzte dies aus, um sexuelle Handlungen vorzunehmen, wird dieser mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft (Paragraf 179 Strafgesetzbuch (StGB)). Schon der Versuch ist hier strafbar (Paragraf 179 Abs. 4). Wie schwerwiegend die sexuellen Handlungen hier sein müssen, ist nicht aufgeführt. Es genügt, dass das Opfer körperlich zum Widerstand unfähig ist.

Auch das bloße „Grapschen“ ist bislang schon strafbar. Zwar nicht nach dem Sexualstrafrecht, jedoch stellt es eine Beleidigung dar, die mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft wird. Bei einer Tötlichkeit, was das Grapschen meiner Ansicht nach ist, würde die Freiheitsstrafe sogar bis zu zwei Jahre betragen (Paragraf 185 StGB).

Und da frage ich mich nun: warum brauchen wir eine Reform, wenn wir heute nicht mal in der Lage sind, die bestehenden Rechtsvorschriften und Strafandrohungen voll auszuschöpfen? Die Verschärfung wird keine weitere Tat verhindern. Und sie wird meiner Ansicht nach auch nicht zu mehr Verurteilungen führen. Die Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen jetzt schon auf Arbeitsökonomie achten. „Einfach“ gelagerte Sachverhalte werden gern mit einem Strafbefehl eingestellt. Schwierig zu beweisende

Sachverhalte führen oft zur vollständigen Einstellung.

Und wo werden nun diese Fälle landen, in denen das Opfer nur durch Mimik dem Täter zu verstehen gibt, dass es diesen Sex nicht will und der Täter aber trotzdem weiter macht? Das zu beweisen, wird vor Gericht schwierig sein. Was Gewalt ist, wissen Täter und Opfer. Wie soll das Opfer also künftig dem Gericht nachvollziehbar beweisen, dass es „Nein“ gemeint hat? Und wie soll das Gericht entscheiden?

Diese Aufgabe ist jetzt schon immens schwer. Auch ich hatte da immer wieder Zweifelsfälle in meiner siebenjährigen Tätigkeit als Kommissarin im Bereich Sexualdelikte. Glaubt man das, was die Frau da schildert? Glaubt man dem Mann? In der Regel waren zwei Personen beteiligt, es gibt keine Tatzeugen und oft auch keine objektiven Spuren. Durch geschickte Vernehmungstaktik und umfangreiche Ermittlungen ist es mir oft gelungen, den Fall zweifelsfrei aufzuklären, was dann in der Regel auch eine Verurteilung des Täters nach sich zog. Doch in manch anderen Fällen gelang dies nicht. Und in einigen Fällen – und das waren leider auch nicht wenige – konnte bewiesen werden, dass die Frau den Mann zu Unrecht einer Straftat bezichtigt hat. Das waren die schlimmsten Fälle. Schlimm für den Mann, schändlich für die Frau und eine Katastrophe für alle künftigen Opfer, die sich grundsätzlich der Frage stellen müssen: War es wirklich so?

Hilfloser Akt der Politik

Aber so ist das Leben. Wir sagen





Judith Wolf und Annette Terweide (r.), Referentin für Frauenpolitik im GdP-Bundesvorstand, im Gedankenaustausch.
Foto: Schönwald

Vita DP-Autorin Judith Wolf

- 42 Jahre alt, Kriminalhauptkommissarin
- ab 10/1995: Ausbildung bei der Polizei Baden-Württemberg
- nach Ende des Studiums Beginn bei der Polizeidirektion Ulm, Kriminalpolizei:
- 7/2000 - 12/2007: Kriminalinspektion 1. 2 (Sexualdelikte/Jugendkriminalität)
- 12/2007 - 5/2013: Führungsgruppe KP
- 6/2013 - 8/2016: Kriminalinspektion 4.1 Bande/Organisierte Kriminalität Ansprechpartner: Rocker/Rotlicht (ab 04/2014 Polizeipräsidium Ulm)
- ab 9/2016: Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit

nicht alle immer die Wahrheit, und manche lassen sich von niederen Beweggründen wie Hass, Eifersucht und verwirrten Gefühlen leiten. Ist es da nicht auch richtig und wichtig, den Fall ordentlich auszuermitteln und nur den zu verurteilen, der auch tatsächlich schuldig ist? Ich denke schon!

Was bringt uns also diese populäre Forderung, das Sexualstrafrecht zu reformieren. Ich meine nichts! Es ist ein hilfloser Akt der Politik, die Bevölkerung ruhig zu stellen. „Seht her, wir machen was!“, sagen sie. Und lenken damit von den eigentlichen Problemen der überlasteten

Gerichte und der übervollen Gefängnisse ab. Schon jetzt fahren wir unsere Untersuchungshäftlinge im „Ländle“, gemeint ist Baden-Württemberg, herum, um einen freien Platz zu finden. Wenn man all die Wegsperrungen würde, für die es die Bevölkerung verlangt, könnten wir in jeder größeren Stadt ein neues Untersuchungsgefängnis bauen.

Doch was könnte helfen? Ich meine, das Bild der Frau muss in den Medien wieder zurecht gerückt werden. Die Frau als immer verfügbare und immer willige Sexualpartnerin darzustellen hat uns am meisten geschadet. Doch dieses Rad drehen wir

nicht mehr zurück. „Sex sells“ – das ist so und auf dieses Geschäft will keiner verzichten.

Ich denke, wir sollten unseren Kindern wieder mehr Werte vermitteln. Wie gehen wir zu Hause miteinander um? Wie gehen wir mit unseren Nachbarn und Freunden um? Wie gehen wir mit Andersdenkenden um? Wie gehen wir mit Flüchtlingen um?

Das hat in erster Linie nichts mit Sex zu tun – aber mit dem Wissen, dass jeder die gleichen Rechte hat und ein „Nein“ auch ein „Nein“ bedeutet. Egal, was das Strafrecht vorsieht!

Judith Wolf

Kinder, Küche, Moschee? – Das Frauenbild im Islam

Tagtäglich sehen wir sie auf unseren Straßen – arabisch aussehende Frauen, ihre Haare bedeckt mit einem Kopftuch, Schleier oder bis hin zur kompletten Körperverhüllung. Uns westlich orientierten Menschen erweckt sich hier der Eindruck, dass diese Frauen offensichtlich „von ihren Männern unterdrückt“ werden. Dies wird auch noch verstärkt, da diese scheinbar lieber unter sich bleiben oder in der Öffentlichkeit einen gebührenden Abstand zu ihren männlichen Begleitpersonen einhalten.

Ist das Kopftuch also Symbol für Unterdrückung, womöglich gar Fanatismus oder eher Symbol praktizierter Religiosität und kultureller Authentizität? Um diese, aber auch um die generelle Frage nach der Stellung der Frauen im Islam soll es in diesem Artikel gehen.

Das Kopftuch

Das vielleicht sichtbarste Symbol des Islam ist der sogenannte Schleier. Er wird je nach Region und Tradition der Frau in verschiedenen Varianten

wie Tschador, Burka oder Hijab getragen. Der Schleier ist jedoch keine islamische Erfindung. Bekannt ist er auch aus der byzantinischen Gesellschaft und im alten Mesopotamien, wo er Zeichen des Respekts und eines hohen Status war.

Eines der ältesten Dokumente zur Verschleierung der Frau ist ein Rechtsdokument aus Assur, nach dem verheiratete Frauen und Witwen verschleiert, Prostituierte und Sklavinnen unverhüllt gehen mussten. Bei den Juden hingegen waren die Huren verschleiert. In der griechischen



FRAUEN

Antike ist der Schleier Attribut von Göttinnen wie Hera und Demeter. Bei Homer gehört der Schleier ohne Rücksicht auf den Stand der Trägerin zur weiblichen Kleidung. Die Sitte, „das Haupt zu verhüllen“, besteht auch in der christlichen Kultur und wird von konservativen Gläubigen noch praktiziert.

Was Gott nun im Islam genau den Frauen aufträgt, darüber streiten sich die muslimischen Gelehrten. Grundlage der Debatte sind zwei Koranverse (Sure 24,31 und 33,59). Neben dem Gedanken der Keuschheit kommt hier auch die Schutzfunktion des Schleiers zum Ausdruck. Nach gängiger islamischer Lehre ist das Kopftuch ab der Geschlechtsreife für Frauen Pflicht. Bedeckt werden sollten Haare, Hals, Ausschnitt und die Brust.

Manche Theologen wiederum halten das Kopftuch jedoch nicht für eine religiöse Pflicht. Und auch in Deutsch-

sem Punkt zu einer eher konservativen Sichtweise neigt.

Von diesem ursprünglichen Sinn der Keuschheitsbewahrung und der Schutzfunktion entwickelte sich der Schleier in den vergangenen drei Jahrzehnten, insbesondere nach der islamischen Revolution im Iran 1979, allmählich zu einem Politikum, das sowohl in den islamischen Ländern wie auch in den westlichen Gesellschaften die Gemüter bewegt.

Nichtsdestotrotz können sich hinter dem Tragen (und Nichttragen) eines Kopftuchs unterschiedliche Motive verbergen. Es kann sowohl Unterwerfung als auch Rebellion, konformistische Anpassung oder non-konformistische Abweichung sowie unhinterfragten Konventionalismus und Traditionalismus bedeuten. Es kann als ein buntes, modisches Accessoire fungieren oder ein farbloses, unauffälliges Zeichen gegen Materia-



DP-Autorin Christiane Kern ist Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesfrauenvorstandes.
Foto: privat



Frühjahrsmode 2016 in einem Schaufenster in Irans Hauptstadt Teheran. Foto: Jochen Eckel/dpa

land interpretieren viele Musliminnen die Koranverse lediglich als Aufforderung, den Minirock und andere provokante Kleidung zu vermeiden. Eine Muslima, die ein Kopftuch trägt, zeigt damit also, dass sie zumindest in die-

lismus setzen. Es kann als Schutz vor sexueller Nachstellung oder aber als Werbemittel eingesetzt werden, um einen frommen Heiratspartner anzuwerben. Es kann aber auch Ausdruck einer selbstbestimmten Religiosität

und kultureller Selbstverortung sein: In einigen Familien legen heute junge Musliminnen das Kopftuch gegen den Willen ihrer säkularen Eltern an, um sich von ihnen abzugrenzen. Für sie ist das Kopftuch ein Symbol der positiven



Selbstidentifikation mit ihrer Religion und ein Protest gegen die negative Stigmatisierung des Islams in der deutschen Gesellschaft.

Das Geschlechterverhältnis

Im religiösen Bereich sind Mann und Frau gleichberechtigt (Koran 33,35). Die religiösen Pflichten der Frau sind jedoch abgemildert: So besteht für sie keine zwingende Teilnahme am Freitagsgebet, und sie ist nicht verpflichtet, zu fasten, wenn sie schwanger ist oder stillt. In sozialer und rechtlicher Hinsicht sind Mann und Frau jedoch nicht gleichberechtigt. Der Koran schreibt deutlich die Vorrangstellung des Mannes vor der Frau fest (Koran 4,34). Dort heißt es unter anderem, dass Männer Vollmacht und Verantwortung gegenüber den Frauen haben, weil Gott sie bevorzugt hat und sie vor ihrem Vermögen etwas für die Frauen ausgeben.

Damit verbunden ergeben sich viele Nachteile, die eine Frau zu ertragen hat. Je nachdem, wie konservativ die islamischen Gesellschaften sind, desto weniger Rechte besitzen die Frauen. Im besonders strenggläubigen Saudi-Arabien beispielsweise unterstehen die Frauen einer vom Gesetz vorgeschriebenen männlichen Vormundschaft. Frauen dürfen nicht Auto fahren, und Ehebruch wird oftmals mit dem Tod durch Steinigung oder Enthauptung mit dem Schwert bestraft. Es ist ihr verboten, einen Nicht-Muslim zu heiraten. Die Scheidung ist ihr erschwert, das Sorgerecht für die Kinder erhält automatisch der Mann. Töchter erben die Hälfte dessen, was die Söhne erben und vieles mehr. Auch der islamische Moralkodex stellt an die Frauen höhere Anforderungen als an die Männer.

Die islamische Lehre sieht für Männer und Frauen verschiedene Aufgaben vor, die sich ergänzen sollen: Der Ehemann hat für den Unterhalt seiner Frau und seiner Kinder – gegebenenfalls auch anderer weiblicher Familienangehöriger – zu sorgen und ist für diese moralisch und zum Teil auch rechtlich verantwortlich. Während er in der Regel für die außerhalb des Hauses anfallenden Tätigkeiten zuständig ist, obliegt der Frau die Erziehung und Pflege der Kinder und die Hausarbeit – auch wenn

sie aus wirtschaftlichen Gründen auf eine Tätigkeit außerhalb des Hauses angewiesen ist. Innerhalb wie auch außerhalb der Ehe wird eine Gleichberechtigung der Geschlechter nach westlichem Vorbild in weiten Kreisen der islamischen Gesellschaft nicht angestrebt, auch wenn emanzipatorische Ansätze in einigen Ländern existieren.

Fazit

Das Frauenbild, das aus den religiösen Texten herausgefiltert wird, hängt weitgehend vom Standpunkt des Betrachters im Hier und Heute ab. Eine Interpretation, die den Frauen in ihrem Kampf um Gleichberechtigung entgegenkommt, kann sich ebenso auf die heiligen Texte stützen wie deren konservative und frauenverachtende Auslegung. In den letzten Jahrzehnten sind unter dem Druck der Reformversuche gemacht worden, einige der

rechtlichen Ungleichheiten abzumildern, denen sich Frauen gegenüber sehen.

Frauenrechtlerinnen wie die bekannte Autorin und Grande Dame der marokkanischen Demokratiebewegung, Fatima Mernissi (gestorben 30.11.2015) leiten aus dem Koran eine stärkere Rolle der Frau in der Gesellschaft ab. Sie wenden sich damit sowohl gegen die festgefügte traditionelle Familien- und Gesellschaftsordnung als auch gegen den von Islamisten und der staatlich bestellten religiösen Orthodoxie behaupteten Alleinvertragsanspruch in Sachen Religion. „Islamischer Feminismus muss nicht auf öffentlicher Bühne stattfinden, um Erfolg zu haben“ so die Journalistin, Bloggerin und Netz-Aktivistin Kübra Gümüşay in der „Tageszeitung“ (taz) vom August 2016.

Christiane Kern

Gegen Vollverschleierung

Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund)

In Erfurt, der Stadt, in der Martin Luther von 1501 bis 1505 an der Universität studierte, als Novize am 17. Juli 1505 in das dortige Augustinereremitenkloster eintrat und wo er seine theologische Ausbildung begann, traf sich der Bundesfrauenvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende November zu seiner letzten Sitzung im vergangenen Jahr.

Ein Schwerpunkt der Arbeitstagung – die Stellung der Frau in islamischen Kulturkreisen und die daraus resultierenden Konfliktpotenziale. Dazu hatte sich der Bundesfrauenvorstand mit Jaklin Chatschadorian eine Fachreferentin eingeladen. Seit 2009 ist die Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Flüchtlingsrecht im Bereich der Integration politisch aktiv und seit 2014 stellvertretende Vorsitzende im Integrationsrat der Stadt Köln. Die Armenierin mit Eltern aus der Türkei ist in patriarchalisch-christlichen Strukturen dreisprachig aufgewachsen und hat durch ihre Mandatschaft einen sehr persönlichen Einblick in die Familien und patriarchalischen Strukturen.

In ihrem Referat brachte Chatschadorian den Teilnehmerinnen die Stellung

der Frau im sunnitischen Islam und damit in einer patriarchalen Struktur näher. Ein schwieriges Unterfangen, da die Lebenswirklichkeit dieser Frauen grundlegend anders ist als das eigene Erleben. Trotzdem war es für den Bundesfrauenvorstand wichtig, sich der Stellung der Frau und das Denken der Männer im Islam zu nähern, um beispielsweise die Vorgänge in Köln und anderen Städten in der Silvesternacht 2015 zu verstehen.

Liebes-Ehen höchst selten

Chatschadorian erläuterte zunächst grundlegende Fakten zur Stellung der Frau im sehr konservativen Islam. Das höchste Ziel im Leben einer Muslimin



sei die Mutterschaft. Die islamische Eheschließung vollziehe sich durch einen Vertrag zwischen dem Bräutigam und dem gesetzlichen Vertreter der Braut. Ganz wichtig aber ist der Referentin zufolge, dass das Mädchen keusch in die Ehe geht. Die Ehre der ganzen Familie sei an die Keuschheit der Frauen gebunden. Die Mädchen unterlägen deshalb von der Pubertät an strengster Überwachung durch den Vater und die Brüder. Jeder Vater habe die Pflicht, seine Tochter zu verheiraten. Das geschehe oftmals schon im Alter von zwölf Jahren. Da die Eltern den Partner aussuchten, spielten bei der Wahl familiäre und ökonomische Interessen eine größere Rolle als die individuellen Wünsche des Mädchens. Da es in erster Linie nicht um die Beziehung zweier Menschen gehe, sondern der ganzen Familie, seien zunächst Gefühle nicht das Ausschlaggebende. Liebes-Ehen seien höchst selten, denn sie setzen persönliches Kennenlernen der Partner voraus. Voreheliche Beziehungen seien ein grober Verstoß gegen das islamische Gesetz.

Bei der Hochzeit werde die Frau quasi Besitz des Mannes und unterstehe nun seiner Kontrolle. Der Gehorsam ihm gegenüber, die Erfüllung der häuslichen Aufgaben und das Gebärvermögen garantierten ihr gesellschaftliche Anerkennung. Die Ehe, das Haus und die Familie seien das ihr zugeschriebene Wirkungsfeld und böten ihr sozialen Schutz. Ihre Aufgabe sei es, den Familienverband zu stärken und zu festigen. In der Öffentlichkeit vertrete der Mann die Familie. Der eigentliche Reichtum einer Familie seien ihre Kinder. Die Kindererziehung gehöre zu den wichtigsten Aufgaben der islamischen Frau.

Mit zunehmendem Alter wächst die Stellung der Frau in der Familie. In der Rolle der Schwiegermutter kann sie sich aus dem Herrschaftsverhältnis lösen, das alle weiblichen Familienmitglieder den Männern unterwirft. Ihre Schwiegertöchter werden oft ihr Ventil für die jahrelang selbst erfordere Unterdrückung.

Auf Nachfrage aus dem Bundesfrauenvorstand zur Verschleierung und dem viel diskutierten Burka-Verbot erklärte Chatschadorian die Sichtweise der traditionellen Islamauslegung: Nach islamischer Vorstellung

sei die weibliche Sexualität destruktiv. Sie könne Chaos und Unordnung schaffen. Die Weiblichkeit müsse kontrolliert werden. Vor dieser Gefahr müssten die Männer geschützt werden, schon Blickkontakte könnten erotisch gedeutet werden. Frauen hätten in der Öffentlichkeit deshalb stets den Blick gesenkt zu halten. „Ein kurzer Rock löst Erdbeben aus“, betonte Chatschadorian, wendete sich gegen Vollverschleierung und sehe darin auch kein Zeichen der Religionsfreiheit. Die Rechtsanwältin streifte bei ihren Ausführungen die Stellung der Frau im Islam, die Themen Zwangsverheiratung, Häusliche Gewalt, Vergewaltigung mit dem Fokus auf der Schuldfrage (Schuld ist die Frau durch unzüchtiges Verhalten, von der Schuld betroffen ist die gesamte Familie) sowie die Verschleierung.

Um zu erfassen, welche Problematik hinter der traditionellen Auslegung des Islams steckt, genügt es sicherlich nicht, sich einmalig mit der Thematik auseinanderzusetzen. Doch gab das Referat einen guten ersten Einblick. Auch um zu verstehen, dass es sogar für muslimische Frauen, die schon in der dritten und vierten Generation unter uns leben, das Erleben unserer freizügigen Kultur, eines anderen Menschenbildes sowie einer anderen Sprache eine gewaltige Herausforderung darstellt.

In der anschließenden Diskussion unter Leitung der stellvertretenden Bundesfrauenvorsitzenden Erika Krause-Schöne ordneten die Teilnehmerinnen das Gehörte ein und leiteten daraus Schlüsse für den dienstlichen Alltag ab. Ein wichtiger Hinweis Chatschadorians wird allen im Ohr



Viel Hintergrund zur Stellung der muslimischen Frauen erläuterte Referentin Jaklin Chatschadorian (l.). Rechts: GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl
Foto: Annette Terweide

bleiben: „Deutschland muss sich eine wehrhafte Demokratie bewahren und darf bei Angriffen auf die freiheitlichen Werte und die Stellung der Frau nicht zurückweichen“.

Nach diesem sehr anspruchsvollen und schwierigen Thema beschäftigte sich der Bundesfrauenvorstand mit den Planungen für dieses Jahr, der DGB-Bundesfrauenkonferenz im November und der GdP-Bundesfrauenkonferenz im März 2018. Nicht zu kurz kam dabei der Bericht aus den Landesfrauenvorständen und den Landesbezirken und Bezirken. Zum Abschluss der Arbeitstagung referierte Meret Matthes vom DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ zum „ElterngeldPlus“ und führte die Teilnehmerinnen in die Geheimnisse der Berechnung ein.

Martin Luther kam während der Arbeitstagung leider etwas zu kurz, zum Glück entführten uns die thüringischen Kolleginnen Chris Mihr und Kerstin Rothe am ersten Abend zu einem Stadtspaziergang durch Erfurt, der den Kolleginnen viel Spaß bereitete. Herzlichen Dank dafür!

Dagmar Hölzl



GdP-Frauen: Es wird immer selbstverständlicher, auf Polizistinnen einzuschlagen

Zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen Ende November haben die GdP-Frauen in vergangenen Jahr einen Blick auf die von Gewalt betroffenen Polizeibeamtinnen geworfen.

„Unsere Kolleginnen sind Tag und Nacht für ihren Auftrag, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, im Einsatz und werden dabei immer öfter selbst Opfer von Gewalt“, betonte Elke Gündner-Ede, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, auf einer

Aggressions- und Gewaltpotenzial konfrontiert werden. Erhebungen zufolge wurden mehr als 80 Prozent der Kolleginnen und Kollegen beschimpft, beleidigt oder verbal bedroht, knapp jede oder jeder Vierte erlebte dies sogar mindestens einmal im Monat.

„Auch Beamtinnen im Einsatz er-

sondern auch für Erwachsene, egal welchen Alters und Nationalität“, sagte die stellvertretende GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne. „Wenn ‚wir‘ gebraucht werden, ist das Gegenüber freundlich und unterstützend. Wenn aber eine eigene Betroffenheit von polizeilichen Maßnahmen eintritt, wird gepöbelt, gemeckert oder die polizeilichen Weisungen ignoriert und das mit sehr beleidigenden Worten oder mit Gewalt.“

Dieses Auftreten werde sehr schnell von anderen Menschen wahrgenommen, so dass dieses Negativverhalten vielleicht einen Reiz darstelle, es zu übernehmen nach dem Motto: „Wenn ‚er‘ kann ‚ich‘ auch. Durch die Potenzierung dieses Verhaltens kommt es aus meiner Sicht auch zu immer mehr tätlichen Angriffen mit ‚waffenähnlichen‘ Gegenständen auf Polizisten, Polizistinnen und auch Rettungskräften sowie anderen Amtsträgern“, so Krause-Schöne, die seit fast 30 Jahren Polizistin ist und viele Erfahrungen auf unterschiedlichster Ebene mit



(v.l.) Die stellvertretende GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne bei ihrem Statement. Neben ihr Elke Gündner-Ede, für Frauenpolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, und GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl.

Foto: Zielasko

Pressekonferenz in Berlin. „Jahr für Jahr sehen sich auch unsere Kolleginnen vermehrt gewaltbereiten Tätern und Täterinnen gegenüber. 2015 waren 11.296 und somit 17,5 Prozent der von Gewalt betroffenen Polizisten weiblich“, so die Gewerkschafterin. Die Einstellungszahlen von Frauen in die Polizei hat in den vergangenen Jahren eine Quote von 30 bis 33 Prozent erreicht.

Die GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl verwies darauf, dass insbesondere im Streifendienst Einsatzkräfte häufig mit einem sehr ho-

hen Aggressions- und Gewaltpotenzial konfrontiert werden. Erhebungen zufolge wurden mehr als 80 Prozent der Kolleginnen und Kollegen beschimpft, beleidigt oder verbal bedroht, knapp jede oder jeder Vierte erlebte dies sogar mindestens einmal im Monat. „Was steht aber dahinter? Die zunehmende Respektlosigkeit, die fehlende Achtung und ein Nichtakzeptieren von Werten. Dies gilt nicht nur für Jugendliche und Heranwachsende,

fahren immer häufiger psychische und physische Gewalt, und bedauerlicherweise zeigt die Erfahrung, dass diese vermehrt von Migranten ausgeht. Leider kommt es bei Einsätzen inzwischen häufig vor, dass Menschen aus muslimisch geprägten Ländern – hier vor allem Männer – grundsätzlich das Gespräch mit einer Polizeibeamtin verweigern“, betonte Hölzl.

Gewalt gegen Polizei machen musste. „Allein die verbalen Entgleisungen wie Fotze, Hure, Polizistenschlampe, aber auch ‚Ich weiß, wo Du wohnst‘: Mit zunehmendem Dienstalder ‚stumpft‘ man dienstlich ab, innerlich bleiben die Verletzungen.“

Krause-Schöne: „Wenn bis vor wenigen Jahren es so war, dass der Einsatz einer Polizistin sehr oft deeskalierend wirkte, ist es immer selbstverständlicher, auf Polizistinnen einzuschlagen. Teilweise gezielt als vermeintlich ‚schwächeres Geschlecht‘.“

wsd



Bundespolizistinnen im Migrationseinsatz

Seit mehr als 18 Monaten befindet sich die 1. Einsatzhundertschaft der Bundespolizeiabteilung Hünfeld in Hessen im Migrationseinsatz. Bereits beim G7-Gipfel wurde diese zur Unterstützung der Kräfte in Passau und Rosenheim hinzugezogen. Der Anteil an Polizistinnen in der Direktion Bundesbereitschaftspolizei betrug im Juli vergangenen Jahres zwölf Prozent.

Die Aufgaben der Kolleginnen beschränkten sich größtenteils auf die Durchsuchung der weiblichen Flüchtlinge, der Kinder und des Gepäcks. Da trotz der in den vergangenen Jahren steigenden Zahlen der Polizistinnen bei der Bundespolizei noch immer viel weniger Frauen als Männer tätig sind, kamen die eingesetzten Beamtinnen nicht selten an ihre körperlichen Grenzen. Dass der Anteil der Kolleginnen im Einsatz gering ist, liegt zum einen an dem oben genannten prozentualen Anteil von Frauen und zum anderen an der örtlichen Bindung durch Teilzeittätigkeit, Elternzeit oder der Betreuung von pflegebedürftigen Familienmitgliedern.

Of t durchsuchten die Kolleginnen weit über zehn Stunden am Stück Migrantinnen. Die psychische Belastung ist enorm. Das Schicksal dieser Menschen geht auch an den stärksten Beamtinnen und Beamten nicht spurlos vorbei. Da bekommt die Begrifflichkeit von „Vereinbarkeit Familie und Beruf“ einen bitteren Beigeschmack.

Es ist schwierig Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, wenn man bis zu neun Tage hintereinander im Einsatz ist. Seit dem G7-Gipfel waren die Kräfte im Schnitt 16 Tage pro Monat im Migrationseinsatz, von anderen Einsatzanlässen wie Demonstrationen und Fußballspielen mal abgesehen. Die ledigen Beamtinnen und Beamten waren in dieser Zeit weit mehr beansprucht, da diese, den Kolleginnen und Kollegen mit Familie oft die Möglichkeit einräumten, nur einen halben Einsatz zu fahren.

Da die Frauen, wie erwähnt, weit in der Unterzahl sind, beschränkte sich das Aufgabenfeld auch im weiteren Verlauf der Einsätze auf die Durchsuchung und Betreuung der weiblichen Flüchtlinge. Die ED-Di-Schulung (Erkennungsdienst Digital) konnten hauptsächlich nur die Kolleginnen machen, die bereits als Bearbeiterinnen eingesetzt waren. Ab und zu wurden

wir zur Unterstützung der Rettungssanitäterinnen und -sanitäter beim sogenannten Screening hinzugezogen. Läuse, Krätze und Hautausschläge waren leider keine Seltenheit. Man stellte sich oft die Frage, was nimmt man davon mit nach Hause.

N icht immer reagierten die Migranten positiv auf Polizistinnen. Sei es bei der Ausgabe von Lebensmitteln, Kleidung oder beim Befolgen polizeilicher Anweisungen. So kam es vor, dass Männer keine Lebensmittel von Beamtinnen annahmen oder diese arrogant ansprachen oder behandelten. Kleidung für Kinder oder Erwachsene wurde oft abwertend behandelt, wenn sie nicht „Neu“ war. Das Verhalten einiger Migranten machte es nicht immer einfach, Verständnis für deren Situation aufzubringen.

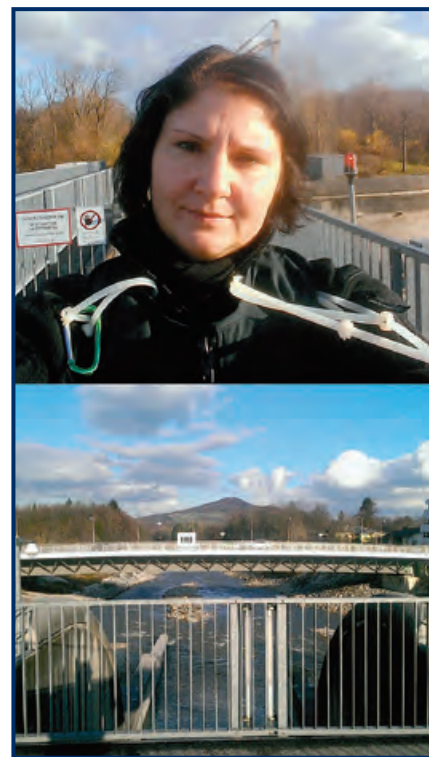
Es gab aber auch viele, oft sehr ängstliche, eingeschüchterte und mit der Situation völlig überforderte Migrantinnen und Migranten, die sehr dankbar für jegliche Unterstützung waren. Frauen und junge Mädchen, denen auf der Flucht ein Baby oder Kleinkind in den Arm gedrückt wurde und die fortan dafür verantwortlich waren, zeigten sich erleichtert, wenn ihnen die Babypflege und Ernährung gezeigt wurde. Oft hatten die Kinder Durchfall oder waren erkältet, weil sie nur einfache Kuhmilch zu trinken bekamen, viel zu dünn gekleidet waren und keine Schuhe trugen.

Die Schicksale berühren uns sehr. Trotz allem bleibt oft das Gefühl der Unsicherheit! Wen hab ich vor mir? Welche Hintergründe seiner Angaben stimmen wirklich? Oft machen einen die Fragen aus der Bevölkerung nachdenklich. Wen habt ihr da reingelassen? Freund oder Feind?

Hinter jeder Polizeibeamtin und jedem Polizeibeamten steckt auch ein Mensch mit Ängsten und Bedenken. Lehrgänge oder Unterrichtungen zum Thema „Interkulturelle Kompetenzen“ wären empfehlenswert. Mehr Wissen

über Land, Menschen, Religion und Lebensumstände der Migranten wäre hilfreich auch bei der Beantwortung von Fragen aus der Bevölkerung.

Sprachliche Barrieren stehen oft im Weg. Polizeiliche Maßnahmen auf



DP-Autorin Silvana Vater im Einsatzgebiet.
Foto: privat

Englisch zu erklären ist für viele Einsatzkräfte schwierig, zumal auch längst nicht alle Flüchtlinge diese Sprache verstehen, von weiteren Fremdsprachen einmal ganz abgesehen. Die innerdienstliche Sprachfortbildung, die dezentral oder regional angeboten werden müsste, wäre ein weiterer wichtiger Schritt. Das ist jedoch sehr zeitintensiv und da wir seit Beginn der Migrationseinsätze kaum Zeit für die eigentliche Fortbildung finden, stellt sich die Frage, wann sollen wir dann noch Zeit für eine spezielle Schulung im Umgang mit Migranten finden?

So bleibt uns nichts weiter übrig, als so weiter zu machen, wie zuvor. Mit dem, was wir können und haben, so gut wie eben möglich, unseren „Mann“ oder „Frau“ zu stehen.

Silvana Vater,
1. Bundespolizeiabteilung Hünfeld



TARIF

Gewerkschaften fordern 6 Prozent für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in den Ländern

Die Beschäftigten der Polizei in den Ländern erwarten von den am 18. Januar beginnenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sagte: „Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Polizei nehmen es nicht hin, dass sie bei ständig zunehmender Arbeitsbelastung und gesundheitlicher Gefährdung im Dienst unserer Gesellschaft und unseres Staates lediglich mit warmen Worten abgespeist werden. Wir alle haben in den vergangenen Monaten erfahren müssen, wie angespannt die Sicherheitslage ist und welche enormen Anforderungen an alle Angehörigen der Polizei gestellt werden.“

Wie sehr die Einkommen bei der Polizei hinterherhinken macht nach Auffassung von Kerstin Philipp die Nachwuchsgewinnung deutlich. Philipp, die im GdP-Bundesvorstand für den Tarifbereich zuständig ist: „Unter dem Druck einer verunsicherten Öffentlichkeit haben einzelne Bundesländer Neueinstellungen beschlossen. Um geeignete Bewerber zu finden, müssen wir zunehmend mit der privaten Wirtschaft konkurrieren, weil für junge, gut ausgebildete Menschen ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst immer unattraktiver wird. Wir fordern eine Erhöhung der Tabellenentgelte im Gesamtvolumen von sechs Prozent unter Einbeziehung einer sozialen Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages.“

Die Tarifrunde steht im Zeichen einer guten wirtschaftlichen Ausgangslage mit steigenden Steuereinnahmen auch bei den Ländern. Die Prognosen für die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts beliefen sich für das vergangene Jahr auf 1,6 Prozent und für dieses um weitere 1,4 Prozent. Die Preissteigerungsrate betrug 2016 zwischen 0,3 und 0,6 Prozent und ist für 2017 mit 1,2 bis 1,5 Prozent prognostiziert – je nach Wirtschaftsinstitut. Insgesamt ergibt sich eine langfristige Spannweite der Prognosen der verschiedenen Wirtschaftsinstitute bei den Preisen von 2 Prozent und beim Bruttoinlandspro-

dukt von 1,5 Prozent. Dies ergibt einen verteilungsneutralen Spielraum von 3,5 Prozent. Die Grundbausteine einer gewerkschaftlichen Forderung für die Einkommensrunde sind das Wirtschaftswachstum und die Preissteigerungsrate. Für den Öffentlichen Dienst spielt aber seit der Trennung der Arbeitgeberlager in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einerseits, Bund und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) andererseits, der Nachholbedarf eine wesentliche Rolle. Ziel der Gewerkschaften ist es, dass die Beschäftigten in den jeweiligen Bereichen nicht abgekoppelt werden.

In der Einkommensrunde mit der TdL wird es also auch darum gehen, dass der Nachholbedarf der TdL-Tabelle gegenüber der TVöD-Tabelle von Bund und VKA Forderungsbestandteil ist. Dieser liegt derzeit bei 1,6 Prozent und im März nach der letzten Entgelterhöhung im Februar für Bund und VKA bei circa 4 Prozent. Das macht die Verhandlungen zunehmend schwierig, trotz guter wirtschaftlicher Daten und Steuereinnahmen. Erschwerend kommt hinzu, dass Abschlüsse in anderen Branchen überwiegend niedriger waren.

Diskussion über Forderung seit Oktober

Die Vorbereitungen zur Einkommensrunde mit der TdL begannen

COP® SPECIALS
Januar / Februar 2017
**Gültig vom 20.12.2016 bis 28.02.2017

**MIT SHOPS IN BERLIN
FRANKFURT · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN**

**1 Handschuh
COP® SGXN TS**
Art.-Nr. 320SGXNTS-Größe
Größen: XXS - 3XL
Farbe: schwarz
Außenmaterial: 55% Ziegenleder,
25% Elasthan, 20% Polyamid
Innenmaterial: 100% Polyäthylen
Der ARMOR-TEX® Innenhandschuh
schützt die Hand rundum vor Schnitt-
verletzungen.

AKTIONSPREIS
€ 49,90
statt 69,99*****

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 4

3 5 4 4

**2 Polizeiausrüstungstasche
COP® 904**
Art.-Nr. 904 BAG-2
Farbe: schwarz
Material: 100% Polyester

AKTIONSPREIS
€ 59,90
statt 79,99*****

3 Polizeiausrüstungstasche COP® 904 POLIZEI
Art.-Nr. 904 BAG-2P2
COP® 904 inkl. 1 Stk. Nicht-Reflex
Folie POLIZEI, klein (91B13503POL).

★ kann nur von Behörden / Einrichtungen /
Personen mit entsprechender Legitimierung
erworben werden!

**4 Under Armour®
Tactical Einsatzstiefel
„Stellar“**
Art.-Nr. UA12689515-Größe
Farbe: schwarz
Größen: 8 - 14
(EU 41 - 48,5)
Gewicht: 1 Schuh Größe 43: 540 g
Schafthöhe Gr. 43: 20 cm
Sportlicher, extrem bequem und
ultra-leichter Einsatzstiefel von
Under Armour®.

AKTIONSPREIS
€ 89,90
statt 109,99***

**5 Under Armour®
Boxershorts
ColdGear® 6“
ohne Eingriff**
Art.-Nr. UA12489715-Größe
Farbe: schwarz; Größen: S - 2XL
Material: 87% Polyester,
13% Elasthan
Eng anliegende Boxershorts ohne
Eingriff - Beinlänge 6“ = 15 cm

AKTIONSPREIS
€ 29,90
statt 39,99***

**6 Under Armour®
Herren Kapuzenpullover
„Tonal BFL“ ColdGear®**
Art.-Nr. UA12796425-Größe (schwarz)
Art.-Nr. UA12796420-Größe (oliv)
Art.-Nr. UA1279642N-Größe (navy)
Farben: schwarz, oliv, navy
Größen: S - 3XL
Material: 100% Polyester

AKTIONSPREIS
€ 59,90
statt 69,99***

**7 Under Armour®
Tactical Herren T-Shirt
„Tech Tee“ ColdGear®
Infrarot**
Art.-Nr. UA12804175-Größe
Material: 87% Polyester,
13% Elasthan
Farben: schwarz
Größen: S - 3XL
Infrarot Technologie speichert
die Körperwärme.

AKTIONSPREIS
€ 45,90
statt 55,99***

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2016 bis 28. Februar 2017

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

im Oktober mit der Kündigung der Tarifverträge. Seither fand die Diskussion in den Verwaltungen und Betrieben statt, die mit der Aufstellung der Forderung am 14. Dezember beendet wurde. Betroffen sind auch dieses Jahr etwa 800.000 Tarifbeschäftigte, 1,2 Millionen Beamtinnen und Beamte und 700.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Im Oktober hatten die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (GdP, ver.di, GEW, IG BAU und dbb tarifunion) beschlossen, die Entgelttabellen des TV-L zum 31. Dezember 2016 zu kündigen. Mitte Dezember tagten die Mitglieder der Bundestarifkommission (BTK) der GdP, um die Forderung der GdP zu beschließen, die eingeflossen ist.

Die Gewerkschaften des öD beschlossen am 14. Dezember in Berlin:

- **Erhöhung der Tabellenentgelte im Gesamtvolumen von 6 Prozent unter Einbeziehung einer sozialen Komponente in Form eines Sockel- oder**



Christina Falk aus Baden-Württemberg wurde von GdP-Tarifexpertin Kerstin Philipp nach über 20-jähriger Mitarbeit in der Bundestarifkommission herzlich verabschiedet.

Foto: Holecek

- **Ausschluss sachgrundloser Befristungen**
- **zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Be-**

12-monatigen Laufzeit aufgestellt, um sich dem Ziel der zeitgleichen Verhandlungen mit Bund/VKA einerseits und TdL andererseits zu nähern.



Pressekonferenz für die anstehende Einkommensrunde Öffentlicher Dienst: (v.l.) GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, ver.di-Vorstandsmitglied Wolfgang Pieper und ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske erläutern der Presse die Tarifforderungen. Foto: Holecek

Die Forderungen hinsichtlich der Änderung für die Entgeltordnung der Länder spielen in diese Tarifrunde mit hinein. Hier soll es eine Angleichung der Entgeltordnung an die des Bundes und der VKA geben. Die Entgeltgruppe (EG) 9 soll wie im TVöD in EG 9a und EG 9b unterteilt werden, sodass hier keine Vermischung von dem vergleichbaren mittleren und gehobenen Dienst stattfindet. Für die BTK der GdP ist zudem wichtig ein stufengleicher Aufstieg und die Einführung der EG 7 im Allgemeinen Teil, die bereits in den Entgeltordnungen des Bundes und der VKA vorliegen. In der Tarifrunde 2016 wurde für Bund und VKA für die EG 9 bis 15 die Stufe 6 eingeführt. Dies sollte ebenfalls für die Entgeltordnung (EGO) TV-L umgesetzt werden.

Mindestbetrages und der Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 sowie der Übernahme weiterer struktureller Verbesserungen bei der Eingruppierung bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

- **Erhöhung der Entgelte für Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten um 90 Euro monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten.**
- **Verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende, Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Azubis auf 30 Arbeitstage.**

amtmänninnen und Beamten sowie der Versorgungsempfänger

Diskutiert wurde ebenfalls über die Forderung eines Sockel- oder Mindestbetrages. Auch die Frage der Laufzeit birgt immer wieder dieselben Diskussionen. Der Tarifvertrag mit Bund und VKA läuft bis Ende Februar 2018. Eine Laufzeit von 14 Monaten, um hier mit diesen beiden Arbeitgeberlagern gleich zu ziehen, stößt auf Widerstand bei den Arbeitgebern. Trotzdem hat die BTK der GdP die Forderung einer

Der Gewerkschaftsseite steht eine neue TdL-Verhandlungsführung gegenüber: TdL-Vorstandsvorsitzender ist Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (Niedersachsen), erster Stellvertreter, Staatsminister der Finanzen Prof. Dr. Georg Unland (Sachsen) und zweiter Stellvertreter, Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen (Berlin).

Alberdina Körner, Michaela Omari



TERMIN

Offenes Motorradtreffen für nicht organisierte Biker in Polizei, Justiz und Zoll und deren Angehörige

Zum wiederholten Male findet in der Nähe von Göttingen ein Motorradtreffen für Biker statt.

Die Unterbringung erfolgt im Landgasthof Zur Linde in Einzel- und Doppelzimmer mit Halbpension. An Programm sind Benzingespräche, gemütliches Beisammensein, Erfahrungsaustausch und Ausfahrten geplant. Ausfahrten: 3 bis 4 Stück in der näheren und weiteren Umgebung werden zeitnah mitgeteilt.

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit den Blue Knights (motorradfahrende Polizeibeamten) und der IPA statt.

Termin: 28. bis 30. Juli 2017
Anmelde- und Bezahlschluss:
2. Mai 2017 (nur 32 Zimmer)

Eventuelle anfallende Gewinne werden dem Kinderheim in Reinhardshagen gespendet.

Anmeldungen und weitere Infos unter dettefschoene@freenet.de, Tel. 0160-6654514 oder 0162-8745020.
Detlef Schöne

BUNDESTARIFKOMMISSION

Neuregelung der Entgelte nach dem Tarifabschluss für Bund und VKA 2016

Nach langwierigen Tarif- sowie redaktionellen Verhandlungen ist der neue Tarifvertrag für die Beschäftigten des Bundes und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) im Juli vergangenen Jahres von den Tarifparteien endlich unterschrieben worden.

Die Beschäftigten des Bundes wurden allerdings auf eine längere Geduldsprobe gestellt, da das Bundesverwaltungsamt (BVA) große Probleme hatte, die einzelnen Tarifänderungen umzusetzen. Eines der größten Probleme stellt die richtige Einstufung in den Entgeltgruppen dar.

Gemäß des neuen Tarifvertrages wurde für die Entgeltgruppen (EG) 9a bis 14 die Stufe 6 eingeführt. Um in diese Stufe zu kommen, muss man fünf Jahre in der Stufe 5 absolviert haben. Die Entgeltgruppen 9a wurden allerdings erst mit der Entgeltordnung (EGO) für den Bund am 1. Januar 2014 eingeführt. Demnach könnte eigentlich kein/e Tarifbeschäftigte/r in der EG 9a zum 1. März 2016 in die Stufe 6 eingruppiert werden. Genauso wurde das auch vom BVA gesehen. Es gingen also im September jede Menge Bezügemitteilungen heraus, die

in der EG 9a mit der Stufe 5 endeten. Es gibt aber durchaus Beschäftigte, die schon vor Einführung der Entgeltordnung längere Zeit in der Endstufe waren. Dies wurde dann auch durch die Tarifparteien berücksichtigt. Es wurde im Rundschreiben des Bundesinnenministeriums (BMI) an die Behörden des Geschäftsbereiches zur Zahlbarmachung der Tarifeinigung dann auch extra darauf hingewiesen, dass in diesen Fällen, die ausschließlich die Entgeltgruppen 9a und 9b betreffen, darauf zu achten ist, wie lange jemand schon vor dem 1. Januar 2014 in der Endstufe eingestuft war.

Beispiel aus dem Rundschreiben des BMI vom 11. Juli 2016:

Ein/e Beschäftigte/r der Entgeltgruppe 9a Stufe 5 ist am 1. Januar

Anzeige

U.T.SEC
2017

UNMANNED
TECHNOLOGIES &
SECURITY

EXPO & CONFERENCE

Nürnberg – Germany
2. – 3. März 2017

Die **U.T.SEC** bildet als weltweit erste Fachmesse und Konferenz das Zukunftsthema unbemannte Technologien mit Schwerpunkt Sicherheit ab. Profitieren Sie vom nationalen wie internationalen Austausch mit Kollegen, Anwendern, Entwicklern und Meinungsbildnern.

utsec.de

TERMIN
VORMERKEN!

NÜRNBERG MESSE

2014 gemäß Paragraf 27 Abs. 3 TVÜ-Bund aus der Entgeltgruppe 9 (klein) Stufe 4 in die Entgeltgruppe 9a Stufe 5 übergeleitet worden. Vor dieser Überleitung hat er/sie bereits vier Jahre Stufenlaufzeit in der Entgeltgruppe 9 (klein) Stufe 4 absolviert.

Die vor der Überleitung am 1. Januar 2014 absolvierten Stufenlaufzeiten in der Entgeltgruppe 9 (klein) Stufe 4 wurden gemäß Paragraf 27 Abs. 3 TVÜ-Bund beibehalten und in die Entgeltgruppe 9a Stufe 5 fortgeführt. Auch wenn diese Zeiten ursprünglich in der Entgeltgruppe 9 (klein) absolviert wurden, werden sie bei der Prüfung der Voraussetzungen des Paragraf 29 TVÜ-Bund als Stufenlaufzeiten der Stufe 5 in der Entgeltgruppe 9a angerechnet. Dies führt jedoch nicht zu einer Doppelanrechnung von Stufen-

laufzeiten. Zusammen mit seiner/ihrer seit 1. Januar 2014 in der Entgeltgruppe 9a Stufe 5 absolvierten Stufenlaufzeit verfügt der/die Tarifbeschäftigte damit am Stichtag 29. Februar 2016 über mehr als fünf Jahre Stufenlaufzeit in der Entgeltgruppe 9a Stufe 5 und erfüllt dadurch die Voraussetzungen zur Zuordnung zur Stufe 6 seiner/ihrer Entgeltgruppe 9a am 1. März 2016.

Gleiches gilt für Tarifbeschäftigte in der Entgeltgruppe 9b.

Von Seiten des BVA wurde aber kein/e Betroffene/r darauf aufmerksam gemacht, dass eventuelle Nachberechnungen noch ausstehen. Erst nachdem Einwände gegen die Bezügeberechnungen eingingen, in denen

auf das Rundschreiben des BMI hingewiesen wurde, reagierte das BVA mit einer Entschuldigung, einem Hinweis auf den enormen Arbeitsaufwand und einem Dankeschön für die Geduld, noch bis November auf die richtigen Bezügeberechnungen zu warten.

Es ist wohl von jedem einzelnen Tarifbeschäftigten zu viel verlangt, sich mit den komplexen Tarifänderungen auszukennen beziehungsweise diese in der Tiefe zu verstehen. An dem vorgezeigten Beispiel zeigt sich, dass es nötig ist, von Seiten der Gewerkschaften noch intensiver die Mitgliedschaft zu informieren. Ebenso ist es wichtig, in Zukunft durch die Tarifparteien Sorge zu tragen, dass Tarifeinigungen nicht erst nach einem Dreivierteljahr umgesetzt werden.

Jutta Schlegelmilch

OSZE-MINISTERRAT

Polizei meistert Herausforderung

Während der gastgebende Außenminister Frank-Walter Steinmeier vom OSZE-Gipfel im Dezember in Hamburg möglicherweise mehr erwartet hatte, konnte die Polizei hingegen ihr Versprechen halten: Sie hat die Herausforderung, eine Vielzahl von Außenministern, aber auch das Grundrecht auf Demonstrationen inmitten einer Millionenmetropole zu schützen, mit Bravour gemeistert. Einer der größten Einsätze in der Geschichte der Polizei Hamburgs „... ist wirklich wie am Schnürchen gelaufen, fast schon wie ein Uhrwerk“, bilanzierte Polizeisprecher Timo Zill.



Einsatzkräfte freuen sich über kompetente GdP-Betreuung.

Foto: Holecek

78 Delegationen aus 56 Staaten mit rund 1.300 Delegationsteilnehmern plus technisches- und Sicherheitspersonal sowie mehr als 400 Pressevertreter aus aller Welt, überwiegend untergebracht in 14 Hotels in der Innenstadt, beherbergte die vorweihnachtliche Hansestadt. Zu ihrem Schutz waren 13.000 Beamte aus den Länderpolizeien und der Bundespolizei eingesetzt, darunter 700 Spezialkräfte. Für die eingesetzten Polizisten selbst mussten 35.000 Übernachtungen in 78 Hotels gebucht werden. Zu ihrem Equipment zählten bis zu 3.000 Einsatzfahrzeuge, 10 Hubschrauber, 37 Pferde, 62 Diensthunde, 23 Wasserwerfer und 26 Boote.

Ein Ausnahmezustand war jedoch nur temporär spürbar. Zwar kreisten Hubschrauber über der Innenstadt, Straßen wurden gesperrt und die Ausweise von Anwohnern in der Sicherheitszone kontrolliert. Aber bis auf die Delegationsleiter und deren engste Mitarbeiter, die mit eigenen Wagenkolonnen unterwegs waren, bewegte sich der Rest verkehrs- und umweltfreundlich mit kostenlosen Tickets des Hamburger Nahverkehrsverbundes. Die meisten Delegationen wurden von nur einem Streifenwagen begleitet und gliederten sich in den normalen Straßenverkehr ein. Lediglich einige Kolonnen mussten so geschleust werden, dass sie aus Sicherheitsgründen





Oliver Malchow und Gerhard Kirsch stehen der Presse vor dem Gipfel Rede und Antwort. Foto: Holecek

nicht zum Stillstand kommen. Dafür wurden Kreuzungen für jeweils mehrere Minuten gesperrt. Damit hielten sich die Beeinträchtigungen für die Hamburger in vertretbaren Grenzen.

Auch wenn offiziell bestritten („... das wird noch mal eine ganz andere Nummer“), war das Treffen des Ministerrates für viele eine Generalprobe. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow sagte auf einer Pressekonferenz: „Uns ist klar, dass dies nur ein Vorspiel für den G-20-Gipfel im Sommer ist, wenn in der Hansestadt die Staats-

und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer tagen werden.“

Mit Spannung war auch die „High-Tech-Offensive“ der Hamburger Behörde erwartet worden: Eurocommand. Sie ermöglicht eine Echtzeitüberwachung des Einsatzes (auch der eingesetzten Kräfte!), verwendet Geodaten und interaktive Karten mit Daten aus der Stadt, die bei Bedarf eingespielt werden können. Wenn gewünscht und benötigt, lassen sich zum Beispiel die Standorte aller öffentlichen Toiletten einspielen. Zusätzlich können auf der XXL-Bildschirmwand Live-Bilder aus dem Polizeihubschrauber oder von Beamten eingespielt werden.

Alle Einsatzleiter können dank der neuen Software live dabei sein, das Geschehen in der Stadt verfolgen und ihre Einheiten koordinieren. Sie sind mit Ortungstechnik ausgerüstet und können über die Videowand strategisch aufgestellt werden. „Wir sind die erste Polizei, die das Programm nutzt“, hatte Polizeisprecher Zill auf einer Pressekonferenz stolz verkündet.

Erstmals hatte die Polizei in Hamburg auch ein neues Öffentlichkeitskonzept ausprobiert, ebenfalls mit Erfolg. Für Medien und Anwohner wurden fast alle Maßnahmen bekannt

gegeben. 160 mit blauen Westen gekennzeichnete Kommunikationsbeamte liefen durch die Stadt, um die Bürger zu informieren.

„Unsere rund 13.000 Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern und von der Bundespolizei haben einen hervorragenden Einsatz anlässlich des OSZE-Außenministertreffens in Hamburg abgeliefert. Wir freuen uns zudem, dass alle Einsatzkräfte gesund und unverletzt die Heimfahrt antreten konnten. Zwischenfälle hat es nicht gegeben“, hatte der GdP-Bundesvorsitzende nach dem Einsatz Bilanz gezogen. Malchows Dank galt nicht nur den Kolleginnen und Kollegen, die den Einsatz in Hamburg gemeistert hatten, sondern auch denen, die in den Heimatdienststellen die großen Personallücken schließen mussten, die der Großeinsatz gerissen hatte. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Polizeibereichen waren in die umfassende Einsatzbetreuung eingebunden. So befüllten Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte im Vorfeld mit großem Eifer bereits 90.000 Verpflegungsbeutel.

Das zweitägige Treffen sei sehr gut von der Polizei der Hansestadt vorbereitet und durchgeführt worden, sagte Malchow. „Die Einsatzkräfte aus ganz Deutschland fühlten sich aber auch durch die GdP bestens betreut.“ Er dankte auch allen zur gewerkschaftlichen Betreuung eingesetzten GdP-Kolleginnen und -Kollegen, die unter Führung des Landesbezirks Hamburg bereits Tage vor dem Gipfel großes Engagement zeigten und während des Treffens Tag und Nacht unterwegs waren.

Rüdiger Holecek

Anzeige

ITF Ferien Pur

TRAUMHAFT SPAREN

Unsere attraktiven Frühbucheermäßigungen für die schönsten Wochen des Jahres!

UNSER WINTER TRIPPLE VORTEIL

BIS ZU

40%

FRÜHBUCHER RABATT

BIS ZU

42€

WOCHE EXTRA-TURBO BONUS

BIS

17 JAHRE

KINDER-ERMÄSSIGUNG

NOCHMAL VERLÄNGERT BIS ZUM 31.12.16

JETZT ONLINE AUF ITT.DE ODER IN IHREM REISEBÜRO BUCHEN.





Wir alle GdP-ler waren dabei.

Fotos (2): Holecek

Große Anerkennung für Hamburger Polizeieinsatz

Seit Sommer liefen in der Hansestadt die Planungen innerhalb der Hamburger Polizei, um sich auf die polizeilichen Maßnahmen konzeptionell einzustellen. Dies war zugleich eine besondere Herausforderung für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hamburg.

Schnell wurde klar, dass eine Betreuung der eingesetzten Kräfte durch die GdP nicht allein von den ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen der

ungskonzept entwickelt. Hotelzimmer mussten gebucht, Einsatzpläne erstellt und Fahrzeuge organisiert werden. Die BMW-Niederlassung Hamburg stellte freundlicherweise zwei Fahrzeuge zur Verfügung.



Ob Kakao, Kaffee oder Schokolade – die GdP-Betreuung kam immer gut an.

Hansestadt bewältigt werden konnte, sondern nur mit Unterstützung aus anderen Landesbezirken und der Bundespolizei möglich war. In der GdP Hamburg wurde unter der Regie des Landesvorsitzenden Gerhard Kirsch ein Vorbereitungsstab gebildet und bei regelmäßigen Sitzungen das Betreu-

Während des zweitägigen Außenministertreffens leuchteten die gelb-grünen Westen mit dem grünen GdP-Stern inmitten der vielen Einsatzkräfte aus ganz Deutschland. GdP-Teams aus Bayern, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen und Hamburgs sowie der Bundespolizei waren mit 1.000 Liter „wohl schmeckenden Kakao“, so die Meinung der Empfänger, unterwegs. Ebenso wurden insgesamt 64 Kilogramm Kaffee

ausgeschenkt, 100 Kartons Schokolade an die Frau oder den Mann gebracht und acht Stiegen Äpfel.

Gerhard Kirsch und sein Stellvertreter Horst Niens waren ständig für die Kolleginnen und Kollegen im Einsatzraum unterwegs. Niens: „Nachdem ich heute gefühlt das erste Mal nach über einer Woche geschlafen habe, denke ich nochmal über die letzten Tage nach. Was die Kollegen in den Grundlasten mit permanenten 12-Stunden-Diensten und in der Alarmeinheit Hamburg (AAH) und der Landesbereitschaftspolizei (LBP) – lange Dienste mit zwischenzeitlicher Rufbereitschaft – geleistet haben, verdient allerhöchste Anerkennung!“

Die gesamte Hamburger Polizei, so Niens weiter, habe spartenübergreifend einen gigantischen Einsatz absolviert, der seines Gleichen sucht. „Hochmotivierte Einsatzkräfte aus dem Bundesgebiet bis ins tiefste Bayern haben uns unterstützt, um die Sicherheit zu gewährleisten. GdP-Betreuungsteams nahmen sich Urlaub, um uns tatkräftig zu unterstützen, auch hier wurde nach logistischer Meisterleistung rund um die Uhr gearbeitet. Unsere JUNGE GRUPPE (GdP), die Geschäftsstelle und die Senioren gaben ein Übriges, um den Betreuungseinsatz gelingen zu lassen. Ich bin stolz Hamburger Schutzmann und ‚GdPler‘ zu sein!“

Jörn Clasen



Bundesinnenminister kündigt neue IT-Architektur an

Terrorlage und Flüchtlinge als Belastungstest für die Polizei

Vor welchen Herausforderungen stehen die Sicherheitsbehörden in Deutschland in den kommenden Jahren? Welche Erwartungen hat die Gesellschaft und wie kann die Balance von Freiheit und Sicherheit durch eine sich verändernde Aufgabenwahrnehmung weiterhin gewährleistet werden? Rund 500 Gäste aus Politik, Polizei und Wissenschaft diskutierten über diese Themen auf der traditionellen Herbsttagung des Bundeskriminalamtes (BKA) im November im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz.

Der gastgebende BKA-Präsident Holger Münch verwies darauf, dass Deutschland angesichts der konkreten Terrorlage und Hunderttausender ins Land gekommener Flüchtlinge einen „echten Belastungstest“ zu bestehen hat. Mit Blick auf die innere Sicherheit gebe es vieles, was funktioniere, aber auch genügend Schwachstellen. So sei

„unser Informationssystem den anstehenden Aufgaben nicht gewachsen“.

Die Erkenntnisse lägen immer noch an verschiedenen Stellen, müssten jedoch unbedingt zusammengebracht werden. „2016 sind wir nicht in der Lage, Personen und Identitäten zusammenzuführen“, kritisierte Münch. Vor diesem Hintergrund sei ein eu-

ropaweit funktionierender Austausch von Erkenntnissen und Informationen mit einem Dienstleistungszentrum BKA und einer noch zu schaffenden, koordinierenden Funktion der europäischen Polizeibehörde Europol äußerst wichtig.

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière sagte, die aktuelle Situation könne er – zumindest technisch – in einem Satz zusammenfassen: „Wir haben im Moment viele Dateien, aber keinen zentralen Überblick über alle relevanten Erkenntnisse aus Bund und Ländern. Das wollen und müssen wir ändern.“ Er kündigte eine neue IT-Architektur an, die das BKA den Ländern zentral zur Verfügung stellen will und

Anzeige



IWA
OUTDOOR CLASSICS 2017
High performance in target sports, nature activities, protecting people
3.-6.3.2017
Nürnberg, Germany
www.iwa.info

ENFORCETAC
International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions
enforcetac.com

1.-2.3.2017
NÜRNBERG GERMANY
49° 25' 2" N, 11° 6' 54" O

NÜRNBERG MESSE

Personen unter 18 Jahren sowie Privatpersonen haben keinen Zutritt. Legitimation erforderlich.



sich maßgeblich an den Erfordernissen seiner „Kunden“ ausrichten soll. „Bei der Gestaltung werden die Länder daher eine entscheidende Rolle spielen. Beim Betrieb und auch bei den Kosten ist der Bund bereit, künftig noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen bestimmte Dienste, wie etwa auch ein einheitliches Fallbearbeitungssystem, den Ländern künftig kostenneutral zur Verfügung stellen“, so der Minister.

Einiges gelernt

Bei der Bund-Länder-Zusammenarbeit gehe es um Schnittstellen – im Bund, zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern. „Wir hatten 2015 zunächst erhebliche Probleme bei der Registrierung von Flüchtlingen und dem Informationsaustausch der unterschiedlichen Behörden – innerhalb der Bundesbehörden und mit den Landesbehörden. Daten mussten mehrfach erfasst werden. Registrierte Daten zum Teil ausgedruckt und per Fax weiter übermittelt, weil Schnittstellen zwischen den Behörden entweder fehlten oder die IT-Systeme nicht kompatibel waren“, erinnerte der Bundesinnenminister.

Daraus sei einiges gelernt worden. „Und wir haben gehandelt, schneller als bei jedem IT-Projekt früher. Vermutlich war das nur wegen der Krise möglich. Wir haben den Informationsaustausch und die Arbeitsprozesse zwischen den Behörden optimiert. Wir haben ein Kerndatensystem geschaffen, dessen Rückgrat Fingerabdruckdaten zur eindeutigen Personenidentifizierung bilden. Das ist wichtig, weil die biometrischen Daten häufig die einzigen ‚objektiven‘ Daten sind. Namen und alle anderen Angaben, die die Personen selbst machen, lassen sich leicht variieren oder können fehlerhaft aufgenommen werden. Jetzt gilt der Grundsatz: Einer für alle bei der Registrierung, jeder für sich bei der Nutzung“, so de Maizière.

Dieser Gedanke eines Kerndatensystems könne auch als Vorbild eines neuen Informationssystems der Polizei genutzt werden. In seiner Grundarchitektur basiere auch die gesamtdeutsche Polizei-IT bisher darauf, Daten in verschiedenen „Töpfen“ abzulegen. „Den Polizisten wird letztlich nur der Zugriff auf einzelne Töpfe ermöglicht. Zuweilen werden die Töpfe miteinander verbunden, was jedoch eher selten

der Fall und technisch immer wieder kompliziert ist“, betonte de Maizière und erklärte: „Man könnte sagen: ‚Viele Töpfe verderben den Brei‘ – sie duplizieren Daten unnötig und bergen das hohe Risiko inkonsistenter, unvollständiger und unrichtiger Daten.“

Die Sicherheitsbehörden haben dem



Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der BKA-Präsident Holger Münch stellen sich den Fragen der Journalisten. Foto: Schönwald

Minister zufolge immer mehr Schwierigkeiten bei Maßnahmen, die früher einfacher Standard waren: Es war zum Beispiel technisch relativ einfach, ein Telefonat von einem Festnetz oder einem einfachen Handy abzuhören – richterliche Beschlüsse etc. vorausgesetzt. „Heute steht die Polizei rein technisch vielfach vor komplizierten Aufgaben, wenn die Betroffenen verschlüsselt über Messenger- oder Telefonie-Dienste kommunizieren. Wenn wir hier als Rechtsstaat Schritt halten wollen und Sicherheitsbehörden auch morgen technisch das können sollen, was sie gestern tun konnten, dann müssen wir nicht nur rechtlich auf der Höhe des IT-Zeitalters bleiben. Kriminalitätsbekämpfung im Internet braucht nicht mehr Rechte für Sicherheitsbehörden als außerhalb des Internets, aber auch nicht weniger“, sagte de Maizière.

Zahl der Brennpunkte erhöht

Einen Einblick in die Arbeit an Brennpunkten gab Duisburgs Polizei-

präsidentin Dr. Elke Bartels. Die einst prosperierende Montanstadt habe sich mit den Jahren in eine „Migrationsmetropole“ mit knapp 500.000 Einwohnern aus über 140 Nationen gewandelt, sagte sie. Gut ein Drittel der Einwohner hätten einen Migrationshintergrund; in einzelnen Stadtteilen

seien es gar bis zu 75 Prozent. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Menschen seien Wirtschaftsflüchtlinge, die Quartier in Problemimmobilien bezogen haben. Insbesondere durch Zuwanderer, die infolge des Freizügigkeitsrechts für EU-Bürger seit 2007 aus Südosteuropa in die Stadt drängten, habe sich die Zahl der sozialen Brennpunkte in Duisburg erhöht.

„Im Spannungsfeld zwischen unkontrolliertem Zuzug, Rotlichtmilieu, delinquenten Großfamilien, respektlosen Streetcorner-societies und verschiedenen Rockergruppierungen, gepaart mit den Umbilden einer im Strukturwandel steckengebliebenen Ruhrgebietsgroßstadt ist eine konfliktträchtige Gemengelage entstanden.“ Trotz „zahlreicher Tumultlagen“ seien von der Polizei in Duisburg zu keiner Zeit „No-Go-Areas“ zugelassen worden.

„Erfolgreich umgesetzt wird beispielsweise ein integriertes Handlungskonzept, das auf einer ganzheitlichen Polizeiarbeit im Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung fußt. Dies zielt unter anderem auf offene Präsenz an Brennpunkten und gemeinsame Einsätze mit der Stadt sowie konsequente Ermittlungsmaßnahmen beziehungsweise Verfolgung von Verstößen ab“, so Bartels. Die Polizei werde aber nicht nur repressiv tätig, sondern weise beispielsweise mit den Initiativen „Kurve kriegen“ und „Klarkommen!“ auch durchaus erfolgreiche Präventionsprojekte auf.

wsd



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen
Sie heute
Ihr Abonnement
**forum kriminal-
prävention** um besser

informiert zu sein.
Als Dankeschön für Ihre
Bestellung erhalten Sie diese
LED-Lampe für Ihren
Schlüsselbund, die Sie auf
jeden Fall behalten dürfen.
Weitere Informationen über
die Zeitschrift und die
Stiftung erhalten Sie auf
www.vdpolizei.de
(auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a · 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188

www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

Warum Reisen so schön bildet

20 Jahre GdP-Bildungsreisen nach Israel

„Es gibt Länder, wo was los ist...“, heißt es in einem Song, es gibt sicher auch Länder, wo angeblich „richtig“ was los ist. Aber es gibt nur einmal Israel. Für viele Sehenswürdigkeit seit den gehörten Geschichten aus Kindertagen und dem Religionsunterricht, Schmelztiegel der Kulturen, Schnittpunkt von Orient und Okzident, multi-ethnisches Einwanderungsland, Heiligtum mehrerer Weltreligionen und ständiger aktuellpolitischer Hotspot zugleich. Bereits seit 1997 organisiert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) staatspolitische Bildungsreisen nach Israel. Auch im Jubiläumsjahr bietet die GdP wieder für Interessierte bei Bund und Ländern und ihre Mitreisenden zwei ganz unterschiedlich konzipierte Reisen an.

Jerusalem mit seiner weltberühmten Klage-mauer ist auf jeden Fall eine Reise wert.

Foto: GdP



Reisen sind, so groß ist doch das durchweg begeisterte, positive Echo derer, die schon mitgefahren sind. Beide Touren sind ein echtes Highlight unserer gewerkschaftlichen Bildungsangebote und begehrt. Das hat seinen Grund nicht nur in der regelmäßigen Förderung mit Sonder- oder Bildungsurlaub, je nach Bundesland. Die Programme bieten vielmehr nicht nur das Erlebnis eines der erstaunlichsten Länder, die man besuchen kann, sondern vor allem ganz eindrucksvolle Bildungs- und Erfahrungserlebnisse sowie Begegnungen sehr unterschiedlicher Art.

Die GdP fühlt sich dabei dem besonderen Verhältnis unseres Landes zum Staat Israel und dem jüdischen Volk verpflichtet. Und wo kann man besser etwas über jüdisches Leben, jüdische Religion und jüdische Kultur lernen als in Israel?

Durch Besuche in (auch) von deutschen geflüchteten Juden gegründeten Orten Kibbuz und Treffen mit Zeitzeugen wird ein spannender Brückenschlag in unsere eigene Geschichte und in das Heute des Staates gemacht. Aber Israel ist auch ein multi-ethnisches Land mit fast 20 Prozent nichtjüdischer Bevölkerung. Ob städtische Araber, Beduinen, Drusen, Tscherkessen – sie alle sind auch Teil dieses Landes und israelische Staatsbürger, deren Gastfreundschaft unseren Gruppen immer wieder Einblicke in ihr ganz eigenes Leben ermöglicht.

Wem ist in Deutschland schon bekannt, dass es ein eigenes Memorial gibt für die für den Staat Israel im Dienst getöteten beduinischen Soldaten und Polizisten? Überhaupt:

die Polizei. Unsere israelischen Polizeikollegen garantieren uns bei jeder Reise neue, interessante Einblicke in ihre Arbeit – von der wir an vielen Stellen durchaus Positives lernen können. Sei es im „Community Policing“ in der jüdisch-arabischen Stadt Akko, sei es von der Drogenfahndungseinheit an der Grenze zum Libanon, sei es in der Polizeieinsatzzentrale der Altstadt von Jerusalem, an der brandneuen zentralen Polizeiakademie oder bei den Spezialeinheiten und der Grenzpolizei.

Wir sind stolz auf die seit vielen Jahren gewachsene Freundschaft zu unseren israelischen Kolleginnen und Kollegen. Das wird ergänzt durch Besuche bei der palästinensischen Polizei, oft in Jericho, oder auch bei der EU-Mission EUPOLCOPPS, die gemeinsam mit bilateraler deutscher Polizeihilfe tragfähige Strukturen in den palästinensischen Autonomiegebieten aufbaut. Ganz bewusst führen die Reisen der GdP auch in die Autonomiegebiete wie nach Jericho oder Bethlehem, denn die Geschichte Israels ist durch den Konflikt mit den arabischen Nachbarn und dem israelisch-palästinensischen Konflikt geprägt. In den Reisen versuchen wir daher, verschiedene Stimmen des politischen Spektrums zu Wort kommen zu lassen und auch eigene Eindrücke von der Situation auf dem Golan, zum Libanon oder Ägypten zu vermitteln.

Es erweitert schon den Blick, wenn man selbst einmal den Stadtteil Gilo in Jerusalem besucht hat, der völkerrechtlich als „Siedlung“ zählt, und man sich fragt, ob die Zeit auf 1967 zurückdrehbar ist.

Dass eine GdP-Bildungsreise nicht ohne Besuch der heiligen religiösen Stätten des Judentums, des Christentums und des Islam im „Heiligen Land“ auskommt, versteht sich ebenso wie der Umstand, dass man auf Schritt und Tritt den stummen Zeugen der Geschichte – von den Ägyptern über die Römer und Kreuzritter bis zu den Osmanen – gar nicht entgehen kann.

Wer sich für eine der Reisen interessiert, findet auf www.israelreise.gdp-bundespolizei.de alle Informationen zu Preis, Programm und Leistungen sowie die Anmeldeformulare. Zudem gibt es zum Appetitholen und Vorfreuen vor allem auch spannende Reiseberichte und Fotos der Gruppen der vergangenen Jahre. Telefonische Anfragen gern unter 030-18681-4618. SH

Vom 20. bis 28. Mai startet die ebenfalls sonder- und bildungsurlaubsfähige „GdP-Outdoor-Bildungsreise“. Wer – neben Bildungshunger – Lust auf eine atemberaubende Landschaft hat, mit uns im Zelt-Camp am Jordan-Fluss oder in der Negev-Wüste zu übernachten und unsere Bildungspunkte mit Klettern, Wandern, Biken verbinden möchte, ist hier richtig. Man entdeckt das Land auf eine faszinierende Art, die anderen Besuchern verschlossen bleibt.

Im Herbst startet dann vom 22. bis 31. Oktober unsere „klassische“ Bildungsreise mit Hotel- und Gästehausunterkunft. So unterschiedlich beide





BKA-Präsident Münch: Sicherheitslage echter Belastungstest für die deutsche Polizei

Gerade in Zeiten internationalen Terrors, vieler Flüchtlinge und heftiger Diskussionen um die innere Sicherheit in Deutschland ist das Bundeskriminalamt (BKA) eine viel gefragte Adresse. Seit gut zwei Jahren steht GdP-Mitglied Holger Münch als Präsident an der Spitze der Sicherheitsbehörde in Wiesbaden. DEUTSCHE POLIZEI (DP) befragte den 55-jährigen Polizisten aus Norddeutschland mit Blick auf das gerade begonnene Bundestagswahljahr 2017.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Herr Münch, wie sieht eine erste persönliche Bilanz aus?

Holger Münch: Auch wenn es zwei arbeitsreiche Jahre waren, habe ich meine Entscheidung, dieses Amt wahrzunehmen, bisher nicht einen Tag bereut. Dank der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir viel erreicht. Hierzu gehört, dass wir das BKA mit einer neuen Organisation seit dem 1. Juli 2016 zukunftsfähig aufgestellt haben. Der Staatschutz wurde beispielsweise mit einer neuen Gruppe verstärkt, Bereiche der Ermittlungsunterstützung wurden zusammengeführt, dazu noch das Informationsmanagement neu organisiert und so auch die Zentralstellenrolle des BKA gestärkt. Wir arbeiten intensiv an der Verbesserung des polizeilichen Informationsmanagements und entwickeln neue technische Lösungen für die Polizeiarbeit, die wir den Ländern zur Verfügung stellen können.

Außerdem haben wir die Koordinierungsstelle Organisierte Kriminalität und mit ihr einen flexiblen, projektorientierten Ansatz etabliert. So können wir erkannte Kriminalitätsschwerpunkte besser und effektiver bekämpfen, indem Akteure aus Land, Bund und auch aus dem Ausland in Projekten eng zusammenarbeiten. Erste Erfolge mit diesem Konzept haben wir im Bereich der Eigentums kriminalität durch georgische Diebesbanden oder dem Abrechnungsbetrug durch osteuropäische Pflegedienste schon erzielt.

DP: Vor welchen Herausforderungen stehen die Sicherheitsbehörden?

Münch: Die deutschen Sicherheitsbehörden stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen: Internationaler

Terrorismus und die Flüchtlingswelle sind zwei Beispiele; Organisierte Kriminalität und Cybercrime, Digitalisierung und technologische Entwicklungen oder der demografische Wandel mit all seinen Folgen sind einige weitere.

Zudem kann man die unterschiedlichen Phänomene kaum noch losgelöst voneinander sehen. Spätestens

fen auf Asylbewerberheime nehmen zu. 2016 zählten wir nach bisherigen Erkenntnissen über 800 Straftaten gegen Asylunterkünfte, davon rund 60 Brandstiftungen. Auffällig ist, dass rund dreiviertel der Tatverdächtigen zuvor nicht durch politisch motivierte Delikte in Erscheinung getreten sind. Die Aktivitäten der rechten Szene führen wiederum zu Gegenreaktionen aus dem linken Spektrum.

DP: Und welche Erkenntnisse liegen zum Thema Flüchtlinge vor?

Münch: Unsere Lageübersichten zeigen: Die Mehrzahl der nach Deutschland gekommenen Zuwanderer begeht keine Straftaten. Gleichwohl gibt es einige Nationalitäten unter den Zuwanderern, die, gemessen an ihrem



BKA-Präsident Holger Münch während seines Vortrages auf der BKA-Herbsttagung in Mainz.

Foto: Arne Dedert/dpa

seit den Anschlägen von Paris wissen wir, dass Terroristen auch über den Flüchtlingsstrom zu uns kommen, vom sogenannten IS sogar gezielt eingeschleust werden, um Misstrauen zu säen und zu verunsichern.

Wir sehen außerdem, dass die rechte Szene die Flüchtlingsthematik für ihre Zwecke instrumentalisiert. Hass, Hetze, Gewalt bis hin zu Übergrif-

Anteil an der Gesamtzahl der Zuwanderer, überproportional oft polizeilich in Erscheinung getreten sind. Hierzu gehören unter anderem Tatverdächtige aus Nordafrika und der Balkan-Region. In einem beim BKA geführten Projekt im Bereich der international organisierten Eigentums kriminalität haben wir beispielsweise festgestellt, dass über die Hälfte der georgischen





Straftäter einen Asylantrag gestellt hat, obwohl Georgier so gut wie keine Chance auf Anerkennung haben. Es liegt nahe, dass diese Personen den Antrag nur stellen, um sich zur Begehung von Straftaten vorübergehend in Deutschland aufhalten zu können.

DP: Ist die Terrorbedrohung größer als bei Ihrem Amtsantritt?

Münch: Klar ist: Deutschland und Europa stehen nach wie vor im Fokus terroristischer Gruppierungen. Die Taten von Würzburg, Ansbach und Hannover haben gezeigt, dass Anschläge jederzeit möglich sind. Zum Glück gelingt es uns bisher aber auch, Anschläge zu verhindern.

Die aktuelle Bedrohung wird deutlich, wenn man sich einige Zahlen anschaut: Über 500 Gefährder, mehr als 880 Syrien-Reisende. Letztere stellen uns vor besondere Herausforderungen, wenn sie nach Deutschland zurückkehren, da sie neben ihrer Erfahrung im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen auch Kontakte zu Gleichgesinnten mitbringen. Wie weitreichend und auch handlungsfähig solche Netzwerke sind, haben wir beispielsweise in Paris gesehen. Gefahr geht aber auch von radikalisierten Einzeltätern aus, die wir als Sicherheitsbehörden nur schwer erkennen können, da uns häufig die Ansatzpunkte fehlen. Denn solche Täter begehen ihre Taten mit einfach zu beschaffenden Waffen oder Alltagsgegenständen wie Messern, Äxten oder wie in Nizza einem LKW, und sie tauschen sich mit anderen, wenn überhaupt, über verschlüsselte Medien aus.

DP: Welche Lehren haben Sie aus den Anschlägen hierzulande gezogen?

Münch: Die vergangenen Jahre waren für uns ein echter Belastungstest und haben Schwachstellen aufgezeigt, die es jetzt zu schließen gilt. Wir müssen vor allem an unseren Informationssystemen arbeiten. Denn diese sind den neuen Herausforderungen in mehrfacher Hinsicht nicht gewachsen und müssen neu aufgestellt werden. Informationen zu ein und derselben Person liegen zu häufig an unterschiedlichen Stellen und werden nicht ausreichend zusammengeführt. Bei Falsch- oder Aliaspersonalien oder sich unterscheidenden Namensschreibweisen kann es daher beispielsweise passieren, dass sich Straftäter unerkannt in Europa bewegen. Um dies zu verhindern, müssen wir insbesondere biometrische Daten besser in die Sys-

teme integrieren. Außerdem müssen wir schneller werden. In Deutschland dauert es oft noch zu lange, neue Anforderungen umzusetzen. Ein Beispiel: Als es darum ging, die sogenannten foreign fighters europaweit in das Schengener Informationssystem einzu-

noch, sondern kommunizieren über Messengerdienste wie WhatsApp, die überwiegend verschlüsselt sind. Daher müssen wir unsere Fähigkeiten im Bereich der Entschlüsselungstechnik ausbauen. So arbeiten wir beispielsweise im BKA daran, mit Hilfe der so-



BKA-Präsident Holger Münch (r.) und GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow in regelmäßigem Meinungsaustausch über die Sicherheitslage, hier im Frühjahr 2016 in Berlin.

Foto: Zielasko

speisen, dauerte das eineinhalb Jahre.

Außerdem müssen wir die polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bei der Terrorismusbekämpfung an die neuen Herausforderungen anpassen. Wir brauchen hier eine bessere Koordinierung. Gesehen haben wir das beispielsweise, als wir an Registrierungsbögen des selbsternannten Islamischen Staates gelangen konnten, in denen für unsere Arbeit wichtige Informationen über Angehörige dieser Terrororganisation erfasst waren. Deren Auswertung gestaltet sich sehr zeitaufwändig, da wir nicht wussten, ob weitere Staaten über solche, wohlmöglich identischen Bögen verfügen, die wir dann zusammenführen und für gemeinsame Analysezwecke nutzen können. Wir haben uns letztendlich mit mehreren Staaten unter Einbindung von Europol auf eine Vorgehensweise geeinigt. Ein Beleg, wie bedeutsam der Ausbau einer koordinierenden Funktion von Europol ist.

Wir müssen zudem mit den technischen Entwicklungen Schritt halten. Täter telefonieren heute kaum

genannten Quellen-Telekommunikationsüberwachungen bei besonderen schweren Straftaten auf Grundlage einer richterlichen Genehmigung vor beziehungsweise hinter die Verschlüsselung und damit an die für uns relevanten Daten zu kommen. Das ist mit viel Aufwand verbunden. Den kann sich nicht jeder leisten und zeitgemäß ist es angesichts knapper Ressourcen auch nicht mehr, dass jeder eigene Lösungen entwickelt. Deshalb stellen wir als Zentralstelle technische Lösungen im Verbund zur Verfügung. Ähnlich gilt es, mit anderen technischen Neuerungen umzugehen, denn durch die Bündelung individueller Stärken und einer klaren Zuweisung von Rollen in einem Verbund der Strafverfolgungsbehörden sind die Folgen immer rasanterer Innovations- und Entwicklungszyklen noch am ehesten handhabbar.

Aber auch im Bereich Prävention und Deradikalisierung ist es wichtig, uns weiter zu stärken. Wir müssen das Personenpotenzial djihadistischer wie auch rechter Gruppierungen verringern. Dabei kommt der Eindämmung





extremistischer Internetpropaganda eine wichtige Rolle zu.

DP: Die Bürger haben immer mehr Angst, wie Untersuchungen verdeutlichen. Sind diese Einschätzungen nur subjektiv, und was kann seitens der Polizei getan werden, um diesem (Un-)Sicherheitsgefühl entgegenwirken zu können?

Münch: Die Angst vor einem terroristischen Anschlag ist groß. Möglichst spektakuläre und medienwirksame Taten schüren Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung. Die Terroristen suchen sich bewusst Ziele wie öffentliche Verkehrsmittel, Restaurants oder Konzerte sowie Menschenansammlungen auf öffentlichen Plätzen wie in Nizza aus, um uns und unseren Lebensstil anzugreifen. Die Botschaft der Terroristen zeigt leider Wirkung und die Dauerschleifen in der Medienberichterstattung tun ihr übriges. Trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Terroranschlags zu werden, relativ gering. Insofern klaffen Angst und Wirklichkeit weit auseinander. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir diesem diffusen Gefühl von Unsicherheit entgegenwirken, indem wir als kompetente und integre Polizei wahrgenommen werden.

Zugleich brauchen wir eine cyberfähige Polizei, die sich ganz selbstverständlich in der digitalen wie analogen Welt bewegt. Der verlässliche Ansprechpartner, der die Polizei bislang im persönlichen Kontakt auf der Straße war, muss sie immer mehr auch online sein – zum Beispiel in sozialen Medien.

DP: Ein neues Problem stellen die deutlich zunehmenden Drohungen und Hassbotschaften in sozialen Netzwerken dar. Es besteht der Eindruck, dass Polizei und Justiz dem weitgehend hilflos gegenüberstehen? Was muss geschehen, damit die Absender klare Signale erhalten?

Münch: Der Verbreitung von Hassbotschaften müssen wir entschieden entgegengetreten. Bekanntlich kommt erst das Wort und dann die Tat. Daher müssen die Strafverfolgungsbehörden hier frühzeitig intervenieren, damit aus den verbalen Attacken nicht noch körperliche Übergriffe werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass das Internet ein strafverfolgungsfreier Raum ist. Wir führten im vergangenen Jahr umfangreiche Maßnahmen gegen rechte Hasskommentare im Netz durch, bundesweit wurden Wohnungen von rund 60 Beschuldigten

durchsucht. Ziel der Aktion war es, dem stark zunehmenden Verbalradikalismus und den damit verbundenen Straftaten im Netz entgegenzutreten. Solche Aktionstage helfen, Aufmerksamkeit zu schaffen, Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren, damit diese, wenn sie auf solche Inhalte stoßen, Anzeige bei der Polizei erstatten.

Das gleiche gilt für den Joint Action Day von Europol zur Löschung djihadistischer Propaganda im Internet. Dieser soll künftig als wichtiger Bestandteil eines konsequenten Vorgehens gegen extremistische Internetpropaganda vierteljährig stattfinden.

DP: Ein weiteres Problem ist die steigende Zahl von Angriffen auf Politiker, Bürgermeister und ehrenamtlich engagierte Menschen in unserem Land. Können Sie mit Zahlen diese erschreckende Entwicklung belegen?

Münch: Wir beobachten, dass Straftaten gegen Entscheidungsträger, Politiker, Betreiber von Flüchtlingsunterkünften und Helfer keine Einzelfälle sind. Im Sommer 2016 verzeichneten wir bereits über 120 Straftaten gegen Hilfsorganisationen, ehrenamtliche und freiwillige Helfer sowie rund 800 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger. Es werden Menschen angegriffen, die, oft in ihrer Freizeit, anderen helfen wollen, sich für unsere Gesellschaft und das Zusammenleben engagieren. Das können wir nicht tolerieren und müssen entschieden gegen solche Straftaten vorgehen.

DP: Auch die Angriffe auf Polizisten nehmen zu, die Respektlosigkeit eines Teils der Bevölkerung gegenüber der Staatsmacht wird immer offensichtlicher. Was läuft hier falsch?

Münch: Polizeibeamte werden, wie auch Angehörige von Feuerwehr und Sanitätsdienst, immer wieder Opfer von Gewalt. Und zwar nicht nur bei Großeinsätzen, sondern auch bei ihrer routinemäßigen Arbeit – etwa im Streifendienst. 2015 wurden über 33.000 versuchte und vollendete Fälle von Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten erfasst – ein Indiz für die hohe Bereitschaft zur Gewaltanwendung und zugleich für den teilweise mangelnden Respekt gegenüber unserer Arbeit.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssen Straftaten konsequent verfolgt werden. Auch Einsatzmittel wie Bodycams können helfen, die Polizistinnen und Polizisten zu schützen oder Straftaten besser aufklären zu

können. Gleichzeitig müssen wir aber auch unseren guten Ruf erhalten, unser Handeln erklären und, wo möglich und nötig, deeskalieren. Wir müssen der Freund und Helfer bleiben, den die meisten Menschen in uns sehen.

DP: Die Aufgaben bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit werden immer komplexer. Wir müssen die Behörden von Bund und Ländern aufgestellt sein, um diese zu bewältigen?

Münch: Das BKA hat und wird erhebliche zusätzliche Ressourcen bekommen. Diese werden wir sowohl in die aktuellen Schwerpunkte des BKA als auch in eine gezielte Stärkung des polizeilichen Verbundes insgesamt investieren – ganz im Sinne unseres modernen Zentralstellenverständnisses und unserer strategischen Ausrichtung. Das sind viele neue herausfordernde Aufgaben bei einer ohnehin hohen Belastung. Wir müssen deshalb darauf achten, dass wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht überfordern.

Wir investieren viel in einen schnellen, personellen Aufwuchs und müssen parallel verstärkt automatisieren und modernisieren, Ressourcen bündeln sowie stark priorisieren, um – wo immer möglich – Kapazitäten freizusetzen, um so zu einer Entlastung der Kolleginnen und Kollegen beizutragen.

Genauso wichtig ist es, dass wir enger und behördenübergreifend zusammenarbeiten, uns gegenseitig helfen. Wir können es uns heute nicht mehr leisten, dass jeder alles macht. Vielmehr müssen wir noch viel stärker in Kompetenzverbänden denken und Kooperationen ausbauen. Wenn wir uns kontinuierlich weiterentwickeln, sind wir auch im Hinblick auf sich wandelnde Kriminalitätssphänomene und mögliche Auswirkungen weltweiter Krisen und Konflikte gut aufgestellt.

DP: Das neue Jahr beginnt. Silvester werden immer Wünsche geäußert. Wie sehen Ihre aus, auf Ihr Amt als BKA-Präsident bezogen?

Münch: Ich wünsche mir, dass die Arbeit der deutschen Polizei weiterhin so erfolgreich wie bisher ist, und dass wir in diesem Jahr noch besser werden, um auch weiterhin dafür zu sorgen, dass wir in einem der sichersten Länder der Welt leben.

DP: Vielen Dank für das Gespräch, Herr Münch. Die Fragen stellte DP-Redakteur Wolfgang Schönwald.





GdP-Bundesvorsitzender fordert schnelles Gesetz zu Gewalt gegen Polizisten

Stippvisite an der Basis im Berliner Polizeiabschnitt 53 in Mitte: Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, informierte sich Anfang Dezember gemeinsam mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel und dem Bundesjustizminister Heiko Maas über den Arbeitsalltag der Kolleginnen und Kollegen.

Die GdP erwartet, dass nach der Ankündigung von Maas, die Gewalt gegen Polizisten härter bestrafen zu wollen, der entsprechende Gesetzentwurf zügig Gesetzeskraft erlangt. „Angesichts der täglichen Anfeindungen und tätlichen Angriffe auf meine Kolleginnen und Kollegen muss jetzt schnell gehandelt werden, um endlich ein klares Signal der Abschreckung an die Täter zu senden“ sagte Malchow. Die beiden SPD-Politiker erfuhren aus erster Hand die drückenden Probleme der Polizistinnen und Polizisten.

Zunehmender Respekts- und Autoritätsverlust

Das jahrelange politische Handlungsva-

kuum, so Malchow, habe hierzulande zu einem Respekt- und Autoritätsverlust und einer Spirale der Gewalt geführt, unter der bekanntlich auch Rettungskräfte, Justizbedienstete und andere Behördenvertreter zu leiden haben. Zugleich nehme die Frustration der Kolleginnen und Kollegen über zu lasche Urteile der Justiz bei Gewalttaten gegen Polizisten zu.

„Deshalb fordern wir jetzt von der Politik einen Schulterchluss für die Interessen der Polizei“, sagte der GdP-Chef. Der neue Schutzparagraf solle klarmachen, wer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte angreife, müsse mit einer Haftstrafe rechnen. Dabei würde künftig nicht nur Gewalt bei „Vollstreckungshandlungen“ – wie etwa Festnahmen oder Verkehrskontrollen – bestraft, sondern schon Störungen der Arbeit von Polizisten, Rettungskräften und Feuerwehrleuten an sich.

Maas kündigte nach dem Gespräch mit den Polizistinnen und Polizisten an, den entsprechenden Gesetzentwurf noch bis Ende 2016 auf den Weg bringen zu wollen. „Wir werden tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte in Zukunft härter sanktionieren. In besonders schweren Fällen soll es eine Mindeststrafe von sechs Monaten geben“, sagte er. „Was darunter zu verstehen ist, wollen wir deutlich ausweiten: Wenn ein tätlicher Angriff – etwa bei Demonstrationen – gemeinschaftlich von mehreren Personen verübt wird, soll dies als besonders schwerer Fall gewertet werden.“

Ebenso, wenn ein Angreifer eine Waffe oder ein gefährliches Werkzeug mit sich führt – egal, ob er sie auch einsetzen will.“

Gabriel zollte den Polizistinnen und Polizisten allergrößten Respekt, „die Tag für Tag unter zum Teil widrigsten Umständen einen exzellenten Job machen. Sie haben viel mehr Anerkennung verdient – von der Gesellschaft wie von der Politik. Und das muss natürlich damit anfangen, dass man denjenigen, die es an Respekt gegenüber der Polizei mangeln lassen, glasklar entgegentritt.“

Wer für Sicherheit und Recht Sorge, der müsse sicher sein, dass er auch den besonderen Schutz des Staates genieße. „Dabei darf es nicht darauf ankommen, ob er oder sie in einem finanziell starken oder schwachen Bundesland arbeitet“, betonte der SPD-Vorsitzende. „Wir erleben eine Entwicklung in der Gesellschaft, der wir entgegentreten müssen. Das fängt mit der Radikalisierung des Sprachgebrauchs an und endet bei Gewalt gegen Personen.“

In dem Gespräch, an dem auch der GdP-Personalrat in der Direktion 5 Bernd Mastaleck teilnahm, ging es zudem um eine Auflösung der Besoldungsunterschiede der Kolleginnen und Kollegen. „Es ist nicht hinnehmbar, dass in manchen Bundesländern Polizeibeamtinnen und -beamte für die gleiche Aufgabe teils mehrere hundert Euro weniger erhalten“, kritisierte Malchow.

wsd



Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow (3.v.r.) besuchte gemeinsam mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel (r.) und dem Bundesjustizminister Heiko Maas (2.v.r.) Berliner Polizisten auf dem Abschnitt 53. Foto: Zielasko





Leipzig bestätigt GdP bei Freizeitausgleich von Bereitschaftszeiten

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt das Mitte November ergangene Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, sogenannte Bereitschaftszeiten von Polizeibeamten in vollem Stundenumfang mit Freizeit auszugleichen. Die Leipziger Richter hätten mit ihrer Entscheidung den Dienstherrn in den Ländern und im Bund deutlich gemacht, dass Polizistinnen und Polizisten, die sich für einen spontan ergebenden Einsatz am Ort der polizeilichen Maßnahme bereit halten, genauso an der Lagebewältigung beteiligt seien, wie ihre unmittelbar eingesetzten Kolleginnen und Kollegen, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.

Die Feststellung der Richter, dass Zeiten reiner Rufbereitschaft oder bloße Anwesenheiten ohne dienstliche Inanspruchnahme keine als Mehrarbeit ausgleichspflichtigen Dienstzeiten seien, müsse differenziert bewertet werden, so Malchow. Insbesondere mehrtägige heimferne Einsätze, aber auch kürzere Lagen erforderten in der Regel eine permanente Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen. Hier lägen in der Regel Bereitschaftsdienstzeiten vor, da sich die Beamtin beziehungsweise der Beamte an einem vom Dienstherrn bestimmten Ort zu einem jederzeitigen Einsatz bereitzuhalten habe. „Eine 1:1 Abgeltung solcher Bereithaltungszeiten, in denen die Kolleginnen und Kollegen nicht frei über ihre Zeit disponieren können, muss ebenfalls gewährleistet sein“, forderte Malchow. Die GdP hatte die Klage eines Prozessbeteiligten anwaltlich unterstützt.

Malchow sagte: „Der Richterspruch beendet die in den letzten Jahren von der GdP massiv kritisierte Fall-zu-Fall-Mentalität der Dienstherrn. Die Bürger hierzulande erwarten zurecht in ganz Deutschland die gleiche Qualität polizeilicher Arbeit. Genauso erwarten meine Kolleginnen und Kollegen, dass sie gleich behandelt werden, ganz egal ob in Flensburg, Garmisch-Partenkirchen, Aachen oder Dresden. Bei allen deutlichen Vorteilen des Föderalis-



GdP-Vize Jörg Radek (m.), im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für das Beamten- und Besoldungsrecht, erörtert mit den Kollegen des Bundesfachausschusses Mitte November in Berlin gewerkschaftspolitische Themen sowie die Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Foto: Zielasko

mus müssen die erkennbaren Nachteile ausgemerzt werden.“

Der GdP-Bundesvorsitzende forderte die Länder auf, für die Polizei zeitnah nachhaltige Personalkonzepte vorzulegen. Das Leipziger Urteil mache es ab sofort nicht mehr möglich, mit dem Kappen von Freizeit Personallücken zu kaschieren. Zudem seien Länder und Bund in der

Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Freizeit innerhalb der gültigen Frist genommen werden könne und nicht aus Mangel an Gelegenheit verfallende. „Wer viel Bereitschaft hat, hat jetzt eben genauso so viel frei. Dadurch dürfen keine Lücken entstehen oder andere Aufgabengebiete vernachlässigt werden“, sagte Malchow.

red

Gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern

Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV), Oberstleutnant André Wüstner (r.), GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow (m.) und dessen Stellvertreter Jörg Radek erörterten Mitte Oktober in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle die in der politischen Öffentlichkeit entbrannte Diskussion über einen Einsatz der deutschen Armee im Innern sowie die geplante Übung von Soldaten und Polizisten im Frühjahr zur Simulation einer akuten Terrorlage.



Foto: Zielasko





Die GdP in Baden-Württemberg bekommt ein neues Gesicht

Der Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Baden-Württemberg hat Mitte November in Kornwestheim einen neuen Geschäftsführenden Vorstand gewählt. Polizeioberkommissar Hans-Jürgen Kirstein, seit rund 15 Jahren Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes, nahm seine Wahl zum neuen GdP-Landesbezirksvorsitzenden an.

Kirstein, der für die GdP seit vielen Jahren unter anderem für das Beamtenrecht zuständig ist, erklärte, er habe sich auf die Fahne geschrieben, die politischen Verantwortlichen mit den Problemen der Beschäftigten in der Polizei zu konfrontieren. „Derzeit hat man den Eindruck“, so der neue



GdP-Landesbezirksvorsitzender Polizeioberkommissar Hans-Jürgen Kirstein Foto: GdP

Evaluation der Polizeistrukturreform in aller Munde und wichtige Schritte, Personal von unnötigen Aufgaben zu entlasten, werden nicht erkannt.“

Als Beispiel nannte er das Zeiterfassungssystem (ZZW), das viel zu viel Personal binde, welches an anderen Stellen dringend notwendig wäre. Aus den Reihen der Kolleginnen und Kollegen werde schon seit Einführung des Systems darüber Klage geführt und immer wieder der damit verbundene hohe Zeitaufwand bemängelt. „Die

Landeschef, „dass die Verantwortlichen in der Politik die hohen Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht zur Kenntnis nehmen oder nehmen wollen. Derzeit ist nur noch die

Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir als Polizei für sie da sind und nicht nur mit uns selbst beschäftigen müssen“, betonte Kirstein und sagte weiter: „Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe und möchte als neuer Vertreter der mitgliederstärksten Gewerkschaft der Polizei wichtige und zukunftsweisende Akzente setzen.“

Der 52-jährige Gewerkschafter bedankte sich bei den aus persönlichen Gründen ausgeschiedenen Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP Baden-Württemberg für deren Engagement, sowie deren Einsatz für die Polizeibeschäftigten und wünschte Ihnen alles Gute für deren Neuausrichtung. **red**

„Arbeitszeitkonferenz“ in Berlin

Mitte Januar werden der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Friedrich-Ebert Stiftung (FES) in Berlin eine gemeinsame „Arbeitszeitkonferenz“ mit prominenten Gästen und spannenden Foren zu aktuellen Themen rund um das Thema Arbeitszeit veranstalten. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird dort mit dem stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff vertreten sein.

Zu den Eingeladenen des Erfahrungsaustausches am 17. und 18. Januar in der Hiroshimastraße in Mitte gehören nach Angaben der Organisatoren die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, der Erste Vorsitzende der IG-Metall, Jörg Hofmann, sowie weitere Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. **red**

Die Polizeibiker spenden an die Arche IntensivKinder

Die Interessengemeinschaft Polizeibiker www.polizeibiker.info hat mit einer Spendenaktion die Arche IntensivKinder im baden-württembergischen Kusterdingen-Mähringen unterstützt.

Die von dem Lübecker Polizeibeamten Sven Pankow 2010 ins Leben gerufene Interessengemeinschaft motorradbegeisterter Polizeibeamter der Bundes- und Landespolizei aus ganz Deutschland erzielte bei ihrem 6. Bundestreffen im September in Thüringen einen Spendenerlös von 2.419 Euro. Bislang hat die Interessengemeinschaft der Polizeibiker bei ihren Bundestreffen eine Gesamtsumme von 13.477,15 Euro an Spenden eingenommen und an Wohltätigkeitsinstitutionen weitergereicht.

Anfang November erfolgte nunmehr die Spendenübergabe durch das Orgateam der IG Polizeibiker, vertreten durch Kurt Lange (Bundespolizei), Thomas Höfler (Polizei Baden-Württemberg) und Wolfgang Steinigeweg (Polizei Nordrhein-Westfalen), an die Arche IntensivKinder. Dort leben Kinder, die wegen schwerer Erkrankungen, Unfällen oder Operationen dauerhaft beatmet

werden müssen. Ein Leben in der eigenen Familie ist für sie aufgrund der nötigen intensivmedizinischen Pflege nicht möglich. Ihnen bietet die Arche ein Zuhause und ihren Eltern die Gewissheit, dass ihr Kind sicher und warmherzig aufgehoben ist. Kinderkrankenpflegekräfte, Pädagogen und Therapeuten sorgen liebevoll für die Kinder, die in kleinen Gruppen miteinander aufwachsen. Mittlerweile hält die Arche 14 Betten für beatmete Kinder vor und beschäftigt über 100 Mitarbeiter in den Bereichen Pflege, Pädagogik und Hygiene.

Die Einrichtung ist dringend auf Spenden angewiesen, denn viele Therapien werden nicht von den Krankenkassen übernommen und sind dennoch so immens wichtig für die Kinder. Ein bereits begonnener Neubau soll künftig weitere Pflegeplätze und sogar ein Klassenzimmer zur Verfügung stellen.

Weitergehende Informationen unter www.arche-intensivkinder.de.

Wolfgang Steinigeweg

<http://polizeibiker.info/>



BFA K diskutierten über Strafprozessordnung

Die Kolleginnen und Kollegen des Bundesfachausschusses Kriminalpolizei diskutierten im November in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle zwei Tage aktuelle Themen der Kriminalpolitik. Dabei standen die Reform der Strafprozessordnung und der Einsatz der Bundeswehr im Innern im Fokus der Beratungen. Zusätzlich brachten die K-KollegInnen eine neue GdP-intern-Informationsreihe zu Fragen der polizeilichen Ermittlungstätigkeit auf den Weg. In Kürze wird Nummer eins von „Ermittlung kompakt“ in den Geschäftsstellen zur Verteilung bereit liegen. **sb**



GdP-EU-Beauftragter Bruchmüller: „Wir müssen mit Krawallen weit entfernt von den Spielorten rechnen“

Polizeiexperten aus den Niederlanden und Deutschland erörtern in Brüssel Fußballgewalt in Europa

Von Michael Zielasko

Angesichts des mutmaßlich rigiden Vorgehens russischer Sicherheitskräfte gegenüber Sportgewalttätern bei der Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer 2018 warnen die niederländische Polizeigewerkschaft NPB und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor schweren Krawallen auf den An- und Abreisewegen zu den WM-Spielen. Rund 40 Fußball-Experten beider Gewerkschaften erörterten Ende November in Brüssel die Fußballstörer-Lage sowie Sicherheitskonzepte in ihren Heimatländern und blickten vor dem Hintergrund des im Frühsommer in Moskau und drei weiteren russischen Städten stattfindenden Confed Cups in die nähere internationale Fußballeinsatz-Zukunft.

Sogenannte Drittort-Auseinandersetzungen, die sich in der Vergangenheit meist im näheren Umfeld der Stadien, nach Absprachen rivalisierender Gruppen oder bei Reisewegüberschneidungen ereigneten, werden sich bei der WM 2018 mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Anrainerstaaten und Durchreiseländern abspielen,

zeigten sich die Polizeibeamtinnen und -beamten beider Länder überzeugt.

Mehr Gemeinsamkeit anstreben

Deutschen Polizeiexperten zufolge gilt das Turnier in Russland aus

Sicht sogenannter Störergruppen als unattraktiv. „Unabhängig von der Zusammensetzung der späteren Turniergruppen müssen die Polizeien Europas darauf vorbereitet sein, Risikospiele vermehrt unter dem Aspekt von vom Spielort weit entfernter Ausschreitungen zu bewerten“, betonte der europapolitische Sprecher der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Bruchmüller, in einem Fazit des Expertentreffens. Es sei daher notwendig, die Polizeien der betroffenen Länder rechtzeitig miteinander zu vernetzen, potenzielle Sportgewalttäter jeweils vor Ort anzusprechen sowie sich auf ein gemeinsames präventives Vorgehen gegen Randalere und Krawalle zu einigen.

Von eminenter Bedeutung seien einheitliche Standards der Polizeien Europas im Umgang mit Sportgewalttätern, appellierte der GdP-EU-Be-



Intensiver Austausch zur Fußballgewalt in den Niederlanden und Deutschland.

Foto: Zielasko



HÄUSLICHE GEWALT

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 22

Von **Detlef Averdiel-Gröner** und **Wolfgang Gatzke**.



1. Auflage 2016

Umfang: 144 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

ISBN 978-3-8011-0784-0

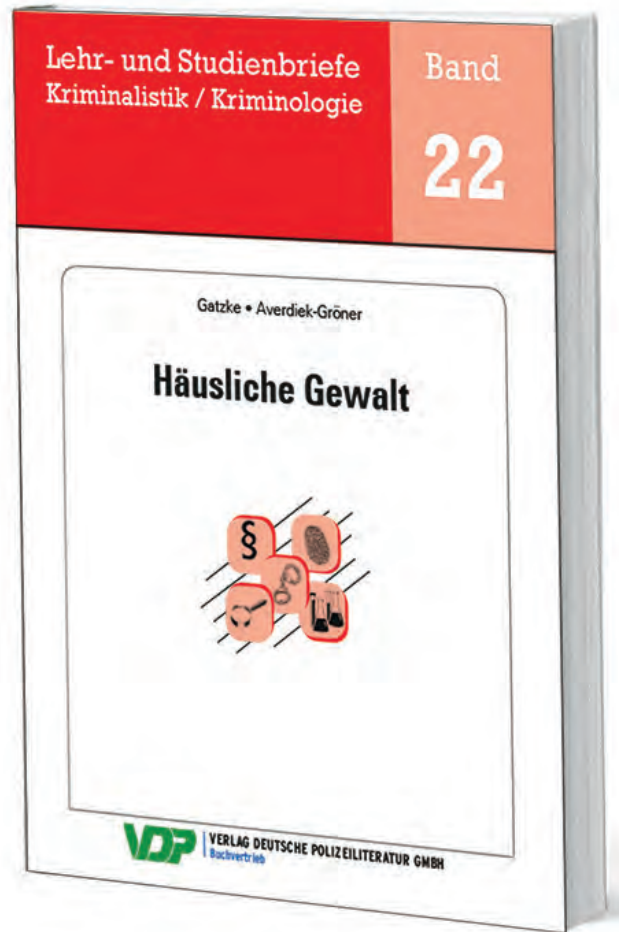
VDP e book

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 12,99 € [D]

Der vorliegende Lehr- und Studienbrief vermittelt komprimiert das erforderliche Grundlagenwissen für das polizeiliche Handeln in Fällen häuslicher Gewalt. Im ersten Teil beschreibt er unter Berücksichtigung europäischer, nationaler und länderspezifischer Studien, Statistiken und Daten den aktuellen Wissensstand zum Thema. Er vermittelt kompakt die für die Beurteilung der polizeilichen Lage bedeutsamen Kenntnisse über Art und Ausmaß von häuslicher Gewalt, Schweregrade und Muster, typische Entwicklungsverläufe sowie besondere Risikofaktoren.

Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der spezifischen Lebens- und rechtlichen Situation der von häuslicher Gewalt Betroffenen vermittelt der zweite Teil das erforderliche Grundlagenwissen für die Anwendung des gesetzlichen Handlungsrepertoires. Einen Schwerpunkt der Darstellung bilden Aspekte der Gefahrenprognose sowie die Behandlung der zentralen Vorschriften von Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot. Ergänzt werden die Ausführungen mit Hinweisen auf vertiefende Literatur sowie im Anhang durch klausurtypische Fragestellungen mit Lösungsbemerkungen und Fallvarianten.



DIE AUTOREN

Detlef Averdiel-Gröner, Polizeidirektor. Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Verbundabteilung Münster.

Wolfgang Gatzke, Direktor Landeskriminalamtes NRW a. D.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

auftragte. Dazu zählten vergleichbare Einsatztaktiken, das bi- oder multilaterale Einbeziehen sogenannter Szenekundiger Beamter, eine standardisierte nationale Datenaufnahme sowie der kompatible grenzüberschreitende Datenaustausch und eine harmonisierte Gesetzgebung, um Hooligans und gewalttätige Ultras von Reisen zu internationalen Sportevents abzuhalten.

Kostenbeteiligung in beiden Ländern umstritten

Wie dringend es sei, die Spirale der Gewalt wirksam aufzuhalten, betonte der Vorsitzende des Nederlandse Politiebond, Jan Struijs: „In den Niederlanden normalisiert sich die Gewalt im Alltag immer mehr. Das gilt auch für die Gewalt gegenüber Polizeibeamten. Dabei stehen übrigens rund 30 Prozent aller Gewaltvorfälle in Zusammenhang mit Fußballspielen.“ So werde der Ruf nach Polizeikräften im Stadion immer lauter. Besorgt zeigte sich Struijs, dessen Organisation als größte der vier Gewerkschaften in Holland rund 25.000 Kolleginnen und Kollegen von insgesamt etwa 65.000 Polizeivollzugsbeamten vertritt, über die zunehmende Annäherung von Fußball-Hooligans und meist rechtsextremistischen Gruppierungen.

Bei Risikospielen der holländischen Profiligen sei die Polizei nur mit einer kleineren Zahl von Polizeibeamten im Stadion, sagte Gert-Jan van Asperen, Mitglied des Nationalen Projektteams Fußballgewalt in Holland. Größere Polizeikontingente verblieben in der Nähe des Stadions. Mitentscheidend für die Lagebewältigung ist dem Rot-



terdamer Polizisten zufolge immer die Einschätzung des Bürgermeisters, in dessen Verwaltungsgebiet das Spiel stattfindet. „Es kann beispielsweise vorkommen, dass der Bürgermeister sagt, das Freundschaftsspiel von Team X gegen Team Y ist mit zu hohem polizeilichem Aufwand verbunden. Also, das genehmige ich nicht.“ Eine Entscheidung, die in Deutschland so sicherlich nicht getroffen werden würde.

Deutlich mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Verhältnissen in beiden Ländern waren bei der Frage nach einer eventuellen Kostenbeteiligung der Vereine erkennbar. Die Diskussion laufe schon eine Weile, sagte van Asperen, einen eindeutigen Standpunkt dazu habe die niederländische Polizei jedoch noch nicht. „Die Clubs finden das nicht so gut, aber das ist bei euch bestimmt auch so.“ Gegen die Kostenbeteiligung aus deutscher Sicht sprach sich Polizeioberberater Volker Lange von der Kölner Polizei aus. „Ich prophezeie

Der GdP-EU-Beauftragte Jörg Bruchmüller (r.) im Interview mit Jochen Hilgers vom Westdeutschen Rundfunk. Foto: Zielasko

schon jetzt, dass die Rechnungslegung der Polizei vom Veranstalter regelmäßig verwaltungsgerichtlich auseinander dividiert wird. Und dann muss die Polizei jedes Mal erklären, warum Sie das und das in welcher Anzahl benötigt hat, und so weiter. Da geben wir als Polizei auch zu viel auf. Und, über welche Summen würden wir denn reden? Mein Eindruck ist, selbst 50 Millionen Euro würden in einem größeren Finanzhaushalt wie dem Kölner geradezu spritzerlos eintauchen.“

Erfolgreiche, aber aufwändige Ermittlungen

Lange, der seit 2001 Einsätze bei Großveranstaltungen leitet, schilderte

Anzeige



Habichtswald-Klinik
Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter 0800 890 11 00.

* aus dem deutschen Festnetz

Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



in plastischen Worten, wie sich Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen exemplarisch darstellt. „Die Hin- und Rückfahrt zu einem Auswärtsspiel noch in einem alten Zug verbracht, wird auf der Rückfahrt ein ICE gekapert. Da haben die anderen Reisenden dann auch ihre Erlebnisse. Bei Busfahrten wird an Raststätten gehalten, im Kollektiv geklaut und bei den Ermittlungen hinterher gesagt: „Ach so, wir haben gedacht, der Begleiter vom Fanprojekt würde die Rechnung begleichen“. Selbst hochauflösende Kameras bringen lange Zeit wenig, wenn in Bahnhofsgängen Rauch und Nebel durch entzündete Pyrotechnik die Sicht stark einschränken und dann Straftaten geschehen. Auf der anderen Seite könne ein konsequentes Vorgehen gegen Hoo-

ligans mit einer Hundertschaft war Ort. Lange bilanzierte: „Wir hatten 55 Festnahmen, 23 Täter davon waren als Gewalttäter Sport der Polizei bekannt. Wir haben 55 erkennungsdienstliche Behandlungen durchgeführt, 37 Speichelproben (DNA) genommen. Dazu haben wir 60 Mobiltelefone und 31 tatrelevante Gegenstände sichergestellt. Immerhin fünf Festgenommene gaben an, dass die Drittort-Auseinandersetzung verabredet gewesen ist.“

Nach vier Wochen Ermittlungsarbeit seien insgesamt 517 Gigabyte Videomaterial diverser nicht-polizeilicher Videoüberwachungen, beispielsweise der Verkehrsgesellschaft, von Banken und Geschäften, 848 Asservate und 530.912 Funkzellendaten aus 355 Funkzellen mit 117.269 Anschlussin-

halten der Kriminalpolizei, davon allein 134 in Köln, waren eingesetzt worden.

Mit dem Gartenschlauch in der Hand

Die Größenordnung dieser Schlägerei sowie die Intensität der polizeilichen Ermittlungen seien aber, so Lange, eher untypisch für den „normalen“ Fußballereinsatz. Um Gewalteskalation beispielsweise bei der Anreise weitgehend zu verhindern, reichten meist schon einfache Präventivmaßnahmen wie mobile Toiletten aus, stellte der Einsatzleiter fest. „Bevor wir das eingeführt haben, kamen die Fans mit Druck am Bahnhof in Köln-Ehrenfeld an. In den ganzen Zügen funktionierte vielleicht eine Toilette, die anderen waren abgeschlossen oder erst gar nicht da. Und die Anwohner standen mit Gartenschläuchen in der Hand bereit, um die dringenden Hinterlassenschaften der bierseligen Fans von ihren Häuserwänden schnell wieder abzuspritzen.“

DFB will mehr Sicherheitsqualität bei den Vereinen

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) baut nach eigenen Angaben seine Präventivmaßnahmen auf nationale und internationale Sicherheitsarbeit sowie die „Informationsstelle Reisemanagement“ auf. Dort gesondert betrachtet würden Fanbelange, Stadien & Spielbetrieb sowie die Veranstaltungssicherheit, erklärte Tobias Bochwitz aus der DFB-Hauptabteilung „Prävention & Sicherheit“ den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Sein Chef, der DFB-Sicherheitsbeauftragte und Hauptabteilungschef, Hendrik Große Lefert, halte den politischen Kontakt mit Entscheidern in Ministerien und Verbänden.

113 der insgesamt 992 Spiele der drei Profiligen der vergangenen Saison 2015/16 bekamen den Stempel „Risikospiele“, berichtete er. Immerhin 134 Vorfälle, bei denen Pyrotechnik abgebrannt wurde, hatten die Spielbeobachter des DFB gezählt und damit etwas mehr als in der Spielzeit davor. 17 Mal waren Kassen oder Blöcke gestürmt worden. Über 21,5 Millionen Zuschauer, darunter rund 1,5 Millionen Auswärtsfans wurden in den Stadien von etwa 331.000 Ordnern kontrolliert. Von den reisenden Fuß-



Intensive Debatten auch in den Pausen der Expertentagung.

Foto: Zielasko

ligans oder gewaltorientierte Gruppen deutliche Signale hinterlassen. Der erfahrene Beamte erinnerte an ein Freundschaftsspiel des 1. FC Köln gegen Schalke 04 im Januar vor zwei Jahren und warnte damit auch vor den Gefahren sogenannter Drittort-Auseinandersetzungen. Mehr als 100 Täter aus Kölner und befreundeten Dortmunder Sportgewalttäter-Gruppen hatten sich am in der Innenstadt gelegenen Rudolfplatz eine massive Schlägerei mit Personen aus der Gelsenkirchener Hooligan-Szene geliefert. Nach nur 60 Sekunden – „Wir waren da im Heimvorteil“, schmunzelte er – war die

habern zusammengekommen. Daten von 52 Mobiltelefonen waren gesichert sowie ausgewertet worden und aus Chatverläufen von mehreren zehntausenden Einträgen wurde ersichtlich, dass tatsächlich eine Verabredung an einem Drittort stattgefunden hatte. „Chatgruppen bestehen teils aus bis zu 70 Teilnehmern“, betonte der Kölner Polizeioberrat.

Nach 16 Wochen Durchsuchungseinsatz in der Hooliganszene waren 92 weitere Beschuldigte ermittelt, waren 87 Durchsuchungsbeschlüsse für Wohnungen erwirkt und zeitgleich in 20 Städten vollstreckt worden. 335 Be-



ballanhängern nutzen circa 247.000 Personen die Bahn, rund 283.000 nahmen den Bus.

Netzwerk für mehr Sicherheit

Problemfelder ergäben sich nach den Worten des DFB-Vertreters nach wie vor durch Reisewegüberschneidungen und Sicherheitsstörungen im Bahnverkehr bei der An- und Abreise sowie bei Drittort-Auseinandersetzungen. Gemeinsam mit den Netzwerkpartnern des DFB, darunter die Bundespolizei und die Deutsche Bahn, sollen künftig Konflikte zwischen rivalisierenden Fanggruppierungen an neuralgischen Punkten eingedämmt oder im besten Falle vermieden werden. Dazu will die Netzwerk-Expertengruppe Fanggruppierungen in höherem Maße konzentrieren und sie damit besser lenken. „Sicherheitskräfte sollen weiterhin effektiver und gezielter eingesetzt werden. Auf lange Sicht wird ein friedliches Miteinander von reisenden Fußballfans und unbeteiligten Fahrgästen, eine deutliche Reduzierung von Sachschäden und durch Störern verursachte Verspätungen im Bahnregelverkehr angestrebt“, sagte Bochwitz.

Dazu intensiviere unter dem Siegel „Sicheres Stadionerlebnis“ der DFB seine Anstrengungen bei der Zertifizierung des Sicherheitsmanagements der Vereine. Professionalisiert werden sollen dadurch Mitarbeiter der Vereine insbesondere für die Bereiche Sicherheitsorganisation, Stadioninspektion und Sicherheitskonzept. Das Ziel des DFB ist es nach eigenen Angaben, den gesamten Profifußball bis zur Saison 2018/19 verbindlich zu zertifizieren.

Mit einer Qualifizierungsoffensive soll die Qualität der Sicherheits- und Ordnungsdienste im Profibereich fußballspezifischer und nachhaltiger werden. Zugleich will der DFB fußballspezifische Veranstaltungsleiterschulungen und -weiterbildungen anbieten, um flächendeckend gleiche Qualitätsstandards zu erzielen. Zu guter Letzt soll eine Projektgruppe für Koordinierungsstäbe in Planübungen vor dem Hintergrund realer Gefährdungslagen örtliche Sicherheitskonzepte kontinuierlich überprüfen und anpassen, den Ordnungsdienst sensibilisieren sowie sicherheitsrelevante Abläufe unter Berücksichtigung polizeilicher Gefährdungsbeurteilungen anpassen. Dazu zählten vorgezogene Stadionöffnungen für einen reibungslosen Einlass, eventuell auch auf VIP- und Gastronomiebereiche ausgeweitete Einlasskontrollen und das Überarbeiten relevanter Stadionsdurchsagen.

Welche Gedanken sich die europäische Politik zur Fußballgewalt macht, skizzierte Andreas Kuckro, in Brüssel zuständig für Angelegenheiten des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport. So habe der Rat der Europäischen Union ein 2010 herausgegebenes Handbuch zum Thema Sicherheit im Fußballgeschehen erst im Sommer aktualisiert. Handlungsschwerpunkte seien ein besseres zwischenstaatliches Informationsmanagement, grenzüberschreitende Unterstützungseinsätze und womöglich auch eine stärkere Einbindung von Europol.

Verstoß gegen Kombi-Regelung ist Straftat

Verstoß gegen Kombi-Regelung ist Straftat

Gert-Jan van Asperen führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder näher an das mittlerweile „all-



Gardasee – Ferienhaus

Herrliche Lage, traumhafter Seeblick, mitten im Naturpark „Alto Garda“, eig. Garten, große Terrasse, 2 komfort.Whng. komplett einger. (Sat-TV, Kü./Bad/Zentr.-Heiz.).

Wellness können wir Ihnen nicht bieten aber ital. Ambiente und eine Traumlandschaft f. Wanderer, Biker u. Surfer, Baden im See.

Sie wären nicht der Erste, der immer wiederkommt. Für Polizei u. Angehörige bis **15% Rabatt.**

Hausprospekt unter:

Tel.: 0821-9069042 oder 08231-88369

Mail: ru-ho@t-online.de

www.casa-bellavista-ferienhaus.de

Reise & Erholung

Mallorca/Port de Soller: Große Ferienwh. 110m², am Hafen/Strand, Privatvermietung vom Kollegen aus Nds., 2 Schlafz. bis zu 5 Personen, klimatisiert, inkl. Bettw., Handtücher und vieles mehr. Ab 100 € pro Tag plus Endreinigung. Infos: 05722223282, barny.kruse@gmail.com

Bayerischer Wald, komf. FeWo v. Kollegen ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax: 09941/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50–90 m², für 2–6 Pers., ab 40 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur.** Hausprospekt unter Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66. Machen Sie sich ein Bild unter www.mittelschwarzwald.de Sie werden begeistert sein!

Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 120,- Unterkunft über uns buchbar.
Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem [Präventionsportal](http://www.prueventionportal.de) der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

www.Polizeifeste.de

Alle Polizeifeste auf einem Blick

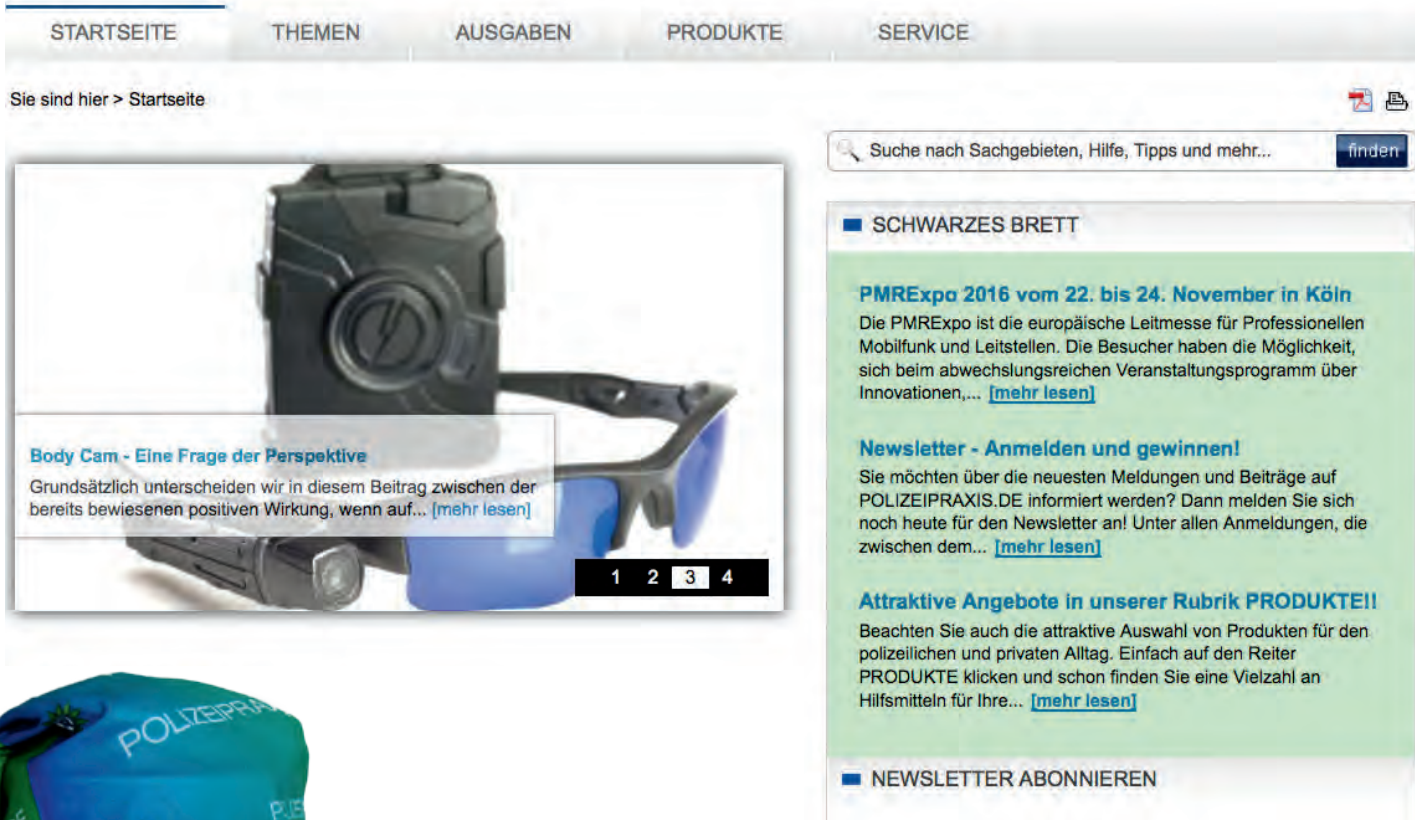
Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei, Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

SPANIEN: Costa Dorada – Südl. Tarragona –

Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus bis 4 Pers./5 in kleiner gemütlicher deutscher Ferienanlage mit großem SW-Pool, Grill, Gäste Bar mit TV. Hunde sind willkommen. E-Mail los-vagos@gmx.net, Infos: www.los-vagos.de Tel.: 0034 977 170529



POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu:
ab sofort auf unserer
Homepage im Shop auch
eine attraktive Auswahl
von Schuhen – nicht nur für
die Freizeit – von HAIX!

*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.01. - 31.01.2017 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

tägliche“ Fußballgeschehen zurück und verdeutlichte letztlich die unterschiedlichen Dimensionen der Fußball-Einsätze im Nachbarland und in den deutschen Ligen. „Zu Risikospielen sind in Holland zwischen 500 und 600 Beamte im Einsatz. Bei kleineren Spielen manchmal nur 14. In der gesamten Saison kommen wir auf ungefähr 273.000 Einsatzstunden“ Allein am Zweitliga-Standort Bielefeld, so der Einwurf eines GdP-Teilnehmers, fielen 40.000 Stunden pro Saison an.

„Aber wir bemerken auch bei uns, dass verabredete Schlägereien zunehmen, und wir wollen aktiver eingreifen“, sagte der Niederländer. Mit der sogenannten Kombiregelung habe die Polizei bereits gute Erfahrung gemacht. Praktisch bedeute dies, dass der Fan, der zu einem Auswärtsspiel seines Vereins möchte, ein personifiziertes Ticket erwerbe und verpflichtet an einem organisierten Transport teilnehmen müsse. Handele er zuwider, so habe er eine Straftat begangen. Mehr noch als jetzt sollen die Vereine in die Verantwortung genommen werden. Schon seit Längerem fordere die Polizei die Clubs auf, zu Vorfällen von eigenen Fans öffentlich Stellung zu beziehen. Und das täten sie im Gegensatz zu deutschen Clubs auch.

Gleichwohl wolle man sich in Holland nicht nur auf das „etwas wackelige Gleichgewicht“ im Verhältnis zwischen kommunalen Kontaktbeamten und lokalen Sportgewalttätern verlassen und setze unter anderem auf offen arbeitende Videoteams in den Stadien, die mit modernen 900-Millimeter-Objektiven die oft unterlegene, fest installierte Stadionvideoüberwachung unterstützen. Ebenso seien Strafen für Rädelführer eingeführt worden, die – nunmehr seit 2014 – mit zwei Jahre andauernden Bereichsbetretungsverboten belegt werden könnten.

Holländisches Verwaltungsdreieck

In Europa sei das Thema Fußballgewalt sehr gut aufgehoben, erklärte Floris van Laanen. Der Jurist arbeitet als politischer Berater in den Bereichen Sicherheit und Verwaltung für den Bürgermeister von Eindhoven. „Von Europa profitieren auch die Hooligans, und weil die Grenzen offen sind, ist das Thema Fußballgewalt in Europa so wichtig.“ Van Laanen schilderte, über welche im Vergleich zu Deutsch-

land weite Machtfülle die 390 niederländischen Bürgermeister verfügen. Die Polizei sei ihnen untergeordnet, die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung – und damit zugleich die politische Verantwortung – laste vor allem auf deren Schultern. Der Bürgermeister urteile beispielsweise über den Einsatz von Wasserwerfern. Darüber hinaus geselle sich mit der Justiz noch ein weiterer Beteiligter dazu und komplettiere das holländische Verwaltungsdreieck. Man treffe sich vor, während und nach Fußballspielen, analysiere die Lage und treffe Entscheidungen, wobei die Polizei, so van Laanen, ausschließlich beratend und später exekutiv tätig werde.

Auch Meldeauflagen und Betretungsverbote gingen über den Tisch des Bürgermeisters. Träten wiederholte Störungen auf und stelle sich eine entsprechende Wiederholungsprognose dar, könne der Bürgermeister ein dreimonatiges Gebietsverbot aussprechen, das insgesamt dreimal um die gleiche Zeit verlängert werden dürfe. Zuletzt wurde dem Berater zufolge die Regelung verschärft. Nun könnten Verbote in einem Rahmen von

zwei Jahren auf 90 Tage verteilt ausgesprochen werden. So sei ein langer Zeitraum mit mehreren Risikospielen abgedeckt. Seien sich mehrere Bürgermeister über Verbote für eine Person einig, so legten sich die Gebietsverbotsverfügungen wie ein Spinnennetz über die Landkarte. „Aber, dass ist durch juristisch umstritten und in der Durchführung auch nicht ganz so einfach“, schränkte van Laanen ein.“

Thema mit internationalerer Perspektive

Bei allen unterschiedlichen Herangehensweisen sei der gemeinsame Wille deutlich zu spüren gewesen, beim Thema Fußballgewalt künftig noch enger zusammenzuarbeiten, zog der GdP-EU-Beauftragte Bruchmüller eine positive Bilanz der ersten internationalen Veranstaltung am Standort der GdP-Residenz in Europas Hauptstadt. Und vielleicht benötige man ja beim nächsten Mal den einen oder anderen Dolmetscher mehr. Das Thema jedenfalls habe eine deutlich internationalere Perspektive verdient.



Rentenanpassung und Altersarmut im Blick

Arbeitsberatung der Landesseniorenvorsitzenden des Nordbundes der GdP

Ende September trafen sich im Landesbüro der GdP Sachsen-Anhalt die Landesseniorenvorsitzenden des Nordbundes der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu ihrer planmäßigen Arbeitsberatung. Neben der Darstellung aktueller gewerkschaftlicher Schwerpunkte durch das Landesvorstandsmitglied Ingo Neubert bildete eine Gesprächsrunde mit der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration der sachsen-anhaltischen Landesregierung, Petra Grimm-Benne, zu den Themen Rentenangleichung Ost-West, Altersarmut in Sachsen-Anhalt sowie die Einbindung der Senioren in die Gesellschaft durch den Erlass eines Seniorenbeteiligungsgesetzes den Schwerpunkt des Treffens.

Sowohl in den Ausführungen als auch in der Diskussion sei deutlich geworden, dass die Rentenanpassung für die Ostrentner durch die gleichzei-

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**. Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com



VERSAMMLUNGSFREIHEITSGESETZ FÜR DAS LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN (VERSFG SH)

Kommentar

Von **Hartmut Brenneisen**, **Michael Wilksen**, **Dirk Staack** und **Michael Martins**.



1. Auflage 2016

Umfang: 256 Seiten

Format: DIN A 5, Hardcover

Preis: 32,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0767-3

Am 1.7.2015 trat das Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (VersFG SH) in Kraft. Ausgangspunkt war die Föderalismusreform I mit der das Versammlungsrecht am 28.8.2006 aus der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes entlassen und den Ländern übertragen wurde. Das VersFG SH stellt eine deutliche Modernisierung und Liberalisierung der legislatorischen Vorgaben im Versammlungsgeschehen dar. Zugleich ist es klarer gefasst als alle bisher vorliegenden Gesetze bzw. Teilgesetze und kann gemeinsam mit dem Musterentwurf des Arbeitskreises Versammlungsrecht als Vorbild dienen.

Mit diesem Kommentar geben die Autoren eine praxisgerechte und zugleich wissenschaftlich fundierte Hilfestellung zur Anwendung des VersFG SH. Dabei geht es ihnen insbesondere um eine verfassungskonforme Auslegung des spezifischen Grundrechtsgewährleistungs- und Gefahrenabwehrgesetzes unter Berücksichtigung der hohen Bedeutung der Versammlungsfreiheit für den demokratischen Rechtsstaat.



DIE AUTOREN

Hartmut Brenneisen, Leitender Regierungsdirektor.

Michael Wilksen, Leitender Polizeidirektor.

Dirk Staack, Polizeidirektor.

Michael Martins, Erster Polizeihauptkommissar.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

tige Streichung der Höherbewertung der Ostrenten und das vorhandene Lohngefälle eine Schiefelage mit sich bringe. Zur Vermeidung des Absenkens von Renten bedürfe es deshalb im Rentenüberleitungsangleichungsgesetz (Referentenentwurf im Internet veröffentlicht) noch einer Reihe von Nachbesserungen. Trotz sinkender Rentenentwicklung und den sozialen Problemen wächst der Ministerin zufolge die Altersarmut in Sachsen-Anhalt nicht überdurchschnittlich. Im Gegenteil, sie bleibe auf relativ niedrigem Niveau stabil. Allerdings sei bei den Projekten und angestrebten Lösungen zur Altersarmut von einer höheren Dunkelziffer auszugehen. Verschärfend wirke in dieser Hinsicht auch, dass weder die Riester-Rente noch die private Vorsorge richtig funktioniere. Positiv für Sachsen-Anhalt wirke sich bisher dagegen aus, dass es keine Verknappung des preiswerten Wohnraumes gebe.

Zur besseren Einbindung von Senioren in die Gesellschaft unterstützt die Ministerin die Arbeit der Landes-seniorenvertretung. Nicht geschafft wurde bisher eine AG 60 Plus und ein Landesseniorenvertretungsgesetz. Dieses Gesetz ist auf Grund des vorherrschenden politischen Willens in Sachsen-Anhalt auch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten. Die Ministerin setzt deshalb auf die Förderung und



Petra Grimm-Benne, Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, und der sachsen-anhaltische Seniorenvorsitzende Edgar Pilz. Foto: Ingo Neubert

Unterstützung der Zusammenarbeit der Seniorenvertretungen in den Kreisen, Städten, Kommunen und Verbänden. Der Ministerin wurde seitens der Teilnehmer der Beratung der Dank für die geduldige Beantwortung aller Fragen ausgesprochen. Als Erinnerung übergab ihr der Kollege Edgar Pilz einen Polizei-Teddy.

GdP Sachsen-Anhalt mit seinen Aufgaben und Inhalten vor. Diese Form der Organisation zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit ist so in den anderen Landesverbänden nicht bekannt. Im Anschluss erfolgte eine Diskussion zu aktuellen Problemen der Seniorenarbeit durch die Vertreter der Teilnehmerländer. In der Diskussion wurden vor allem die landesspezifischen Unterschiede bei der Versorgung, der Besoldung, Heilfürsorge, Beihilfe sowie auch beim Stellenwert der Arbeit mit den Senioren und der Finanzierung der Seniorenarbeit deutlich. Mit einem Abendessen wurde

Aktuelle Probleme der Seniorenarbeit

Im Anschluss stellte die Vorsitzende Vera Ruprecht den Förderverein der

Kapitalmarkt

<p>Beamtdarlehen 10.000 €-120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> Vorteilzins für den öffent. Dienst Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen echt günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>2,77% effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel.: (0621) 178100-0 Info@AK-Finanz.de</p> <p>www.AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €. Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
---	--	---	---

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtdarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

KREDIT bis € 80.000,-

PECUNIA GmbH seit 1980

einfach - schnell - seriös

ohne Schutz bis € 10.000 - keine Bearbeitungsgebühr - Laufzeit bis 10 Jahre - auf Wunsch keine Restschuldversicherung - bis zum 80. Lebensjahr

Tel. 02 01/22 13 48
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332

Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.PolizeiDeinPartner.de



der erste Beratungstag beendet. Tags darauf wurde die intensive Diskussion fortgesetzt. Im Mittelpunkt stand besonders die Verallgemeinerung guter Erfahrungen in der Seniorenarbeit wie Seminare zum Thema „Hilfe mein Ruhestand kommt“, „Vorsorge“, „Suchtprobleme“ oder die Flüchtlingssituation, die Notwendigkeit von Seniorensprechern in allen Kreisgruppen, die Prüfung der Einführung eines Beihilfenotstandsbeauftragten und die Finanzierung der Seniorenarbeit.

Allen Teilnehmern liegt es am Herzen, diese Form der Beratung fortzusetzen. Nächster Gastgeber in diesem Jahr ist das Land Niedersachsen.

Mit einem Rundgang durch das historische Zentrum Magdeburgs unter sachkundiger Führung von Wolfgang Jung klang das Arbeitstreffen der GdP-Nord-Senioren aus. Beeindruckt zeigten sich die Gewerkschafter vom Dom, dem Jahrhundertwasserhaus



(v.l.): Peter Anders (MV), Hermann Reissig (SH), Frank Poster (SH), Edgar Pilz (ST), Wolfgang Karzenburg (HB), Michael Reinke (B), Udo Klapper (ST) und Erwin Jark (NI).

Foto: Ingo Neubert

und der städtebaulichen Entwicklung der Stadt.

An der Beratung nahmen teil Vertreter der Landesbezirke Mecklenburg-Vorpommern, Berlin,

Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und als Gast Roland Oberhack von der IG Metall. Es fehlte der Vertreter Hamburgs. **Udo Klapper, Landesseniorenvorstand**

Unsicherheiten bei Patientenverfügungen mit APS vorbeugen

Ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom vergangenen Sommer zur Patientenverfügung verunsichert manche Kolleginnen und Kollegen, die eine solche Verfügung getroffen haben. Der BGH hat festgelegt, dass eine Patientenverfügung nur dann bindend ist, wenn sie ausreichend konkret formuliert ist. Damit machten die Richter deutlich, dass die Äußerung, „lebenserhaltende Maßnahmen“ zu wünschen, jedenfalls für sich genommen, nicht die für eine wirksame Patientenverfügung erforderliche hinreichend konkrete Behandlungsentscheidung darstellt. Die entsprechende Konkretisierung kann aber gegebenenfalls durch die Benennung bestimmter ärztlicher Maßnahmen oder die Bezugnahme auf ausreichend spezifizierte Krankheiten oder Behandlungssituationen erfolgen.

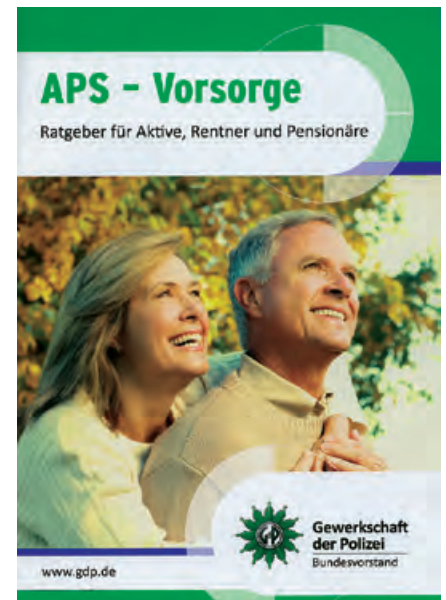
Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gibt sowohl in ihrem APS-Programm im Mitgliederbereich des Internetauftritts (<https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/vorsorg>) als auch in der dazugehörigen Broschüre APS-Vorsorge Anleitungsmuster für die Erstellung einer Patientenverfügung. Die dort angebotenen Textbausteine sind vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) erstellt und mit dessen Genehmigung der GdP überlassen worden.

Das BMJV weist jetzt darauf hin, dass der Aufbau der Textbausteine, die mit Experten erarbeitet und abgestimmt wurden, deutlich mache, dass sich aus einer Patientenverfügung sowohl die konkrete Behandlungssi-

tuation als auch die auf diese Situation bezogenen Behandlungswünsche ergeben müssten. Das Angebot der Textbausteine stünde somit also bereits in seiner derzeitigen Fassung im Einklang mit der jüngsten Rechtsprechung des BGH.

Also: Wer seine Patientenverfügung unter Benutzung der in der GdP-Anleitung zur Verfügung gestellten Bausteine erstellt hat, dürfte der BGH-Rechtsprechung genügen. Es soll aber in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen werden, sich bei der Abfassung der Patientenverfügung von einer fachkundigen Person (Arzt, Anwalt) beraten zu lassen.

H. Werner Fischer



Mehr Informationen auf www.gdp.de



Tausende Kilometer haben die Tagessieger des Bundesliga-Tippspiels der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und ihres Kooperationspartners zurückgelegt, um ihren Tipperfolg entweder im Dortmunder SIGNAL IDUNA PARK oder im Hamburger Volkspark bei Heimspielen von Borussia

Dortmund beziehungsweise dem Hamburger SV auf guten Sitzplätzen gebührend zu feiern. Auf die weiteste Anreise machte sich ein Kollege aus einer oberbayerischen Gemeinde, gelegen zwischen Freilassing und Bad Reichenhall, der rund 930 Kilometer zu einem HSV-Heimspiel zurückgelegte.

Dagegen hätte ein Tippexperte aus dem nördlichen Ennepe-Ruhr-Kreis zu seinem BVB-Siegerspiel die gerade einmal 16 Kilometer lange Distanz zur schwarz-gelben Pilgerstätte auch joggen können. Allen gemein war und ist jedoch die Freude am Fußball und am Tippen. Und: Es lohnt sich...

Hinter den Kulissen des schwarz-gelben Hexenkessels

Ein strahlend königsblauer Himmel empfing den GdP-Bundesliga-Tipp-spielgesamtsieger Thomas Osterhoff Anfang Dezember zu Beginn seines Fußball-VIP-Wochenendes in der Westfalenmetropole Dortmund. Der Polizist, der bei der GdP-Premieren-Tippssaison die anderen 700 Wettbewerber hinter sich ließ und sich dabei auch einen Tagessieg sichern konnte, reiste in Begleitung seiner zwölfjährigen Tochter Justine in die Stadt von Kohle und Stahl. Beide freuten sich auf die großartige Stimmung im SIGNAL IDUNA PARK und das dortige Borussia-Derby gegen die „Fohlen“ aus Mönchengladbach. „Das war eine hundertprozentige Sache“, sagte der Beamte nach dem Spiel und kündigte an, angesichts des tollen Erlebnisses den Kampf um die GdP-Tippkrone wieder verstärkt in Angriff zu nehmen.

In seiner Dienststelle in Oldenburg sei er quasi ein Fußballer, erzählte der 51-Jährige auf dem Weg in den mit 81.380 Zuschauern ausverkauften Hexenkessel. Während die meisten seiner Kollegen ihr Fußball-Fanherz dem Hamburger SV oder Werder Bremen geschenkt hätten, halte er seit vielen Jahren den Gelsenkirchener Knappen die Treue. Mit glänzenden Augen berichtete er von seiner Reise nach Mailand, wo Schalke 04 im Mai 1997 den UEFA-Pokal gegen das favorisierte

Team von „Inter“ in einem dramatischen Elfmeterschießen gewonnen hatte.

In Begleitung des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow und seines niederländischen Kollegen Han Busker, der im Frühjahr für den Vorsitz des holländischen Gewerkschaftsbundes kandidieren wird, enterte die kleine Delegation dann einen unscheinbaren Seiteneingang des imposanten Stadions und fand sich unter der Führung von Andreas Krunke aus der Marketing-

Abteilung der SIGNAL-IDUNA-Gruppe unversehens im gelb-schwarz dekorierten Spielertunnel wieder. Nur ein paar Schritte entfernt war die hochmoderne Rasenfläche samt der Spielerbänke und Coaching-Zonen. Krunke zufolge wird seit ein paar Monaten auf einem sogenannten Hybridrasen gespielt, einer Mischung aus Kunstrasen und echtem Gras.

Nach dem steilen Aufstieg zur Leitstelle der Dortmunder Polizei hoch unter dem Dach des ehemaligen Westfalenstadions erläuterte Polizeirat Stefan Schacht detailliert den Einsatzablauf rund um das Spiel, demonstrierte die hochwertige Videotechnik und entließ die GdP-Besucherguppe mit dem Wunsch für ein schönes Spiel und dem Bekenntnis, ebenfalls ein „Königsblauer“ zu sein.

Nun verblieb noch genügend Zeit, sich für das Spiel ausreichend zu stärken. Und wer ein echter VIP ist und das richtige Bändchen am Arm trägt, dem mangelt es in den großzügigen Räumlichkeiten des Stadions wahrlich nicht



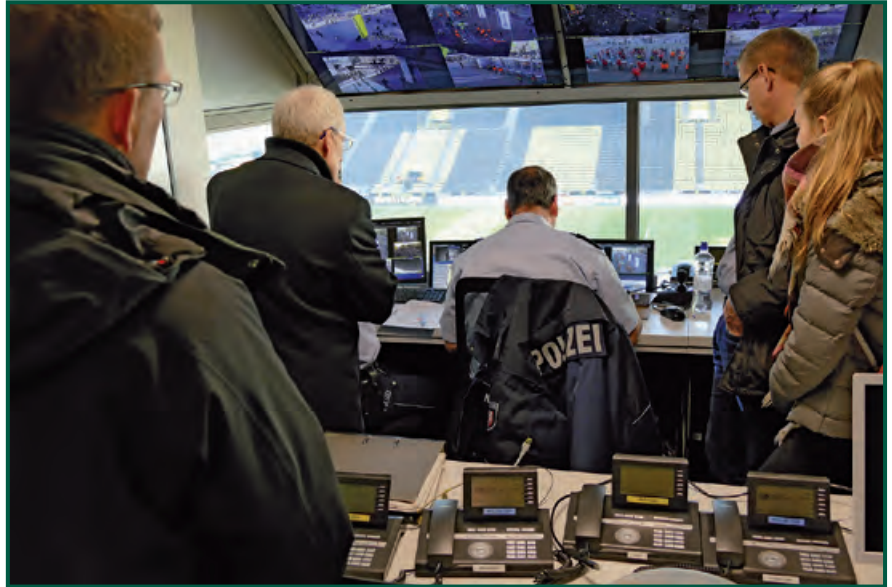
Auf dem Hybridrasen der BVB-Profis: Erläuterungen von Andreas Krunke (SIGNAL IDUNA) an Tippsieger Thomas Osterhoff und Tochter Justine (beide links) sowie Han Busker und GdP-Chef Oliver Malchow (r.).

Super Blick auf ein torreiches Spiel.

Fotos (2): Zielasko

**Unter dem schwarz-gelben Dachgestänge:
Besuch der Stadion-Einsatzleitstelle der
Dortmunder Polizei. Foto: Zielasko**

an Möglichkeiten. Vier Tore für den BVB, nur eines für die Gladbacher Borussia, verfolgten der niedersächsische Polizeikommissar, seine Tochter und die niederländisch-deutsche Gewerkschaftsdoppelspitze in einem über weite Strecken spannenden Spiel, das im Nachgang in der gemütlichen SIGNAL-IDUNA-Fankneipe im Innenleben der Nordtribüne noch ausgiebig analysiert wurde. „Das war ein wirklich gelungener Ausflug“, strahlte Osterhoff, der übrigens von der E-Jugend bis zu den Herren des TV Dinklage als Außenverteidiger den Strafraum beschützte. „Ich kann jedenfalls nur jedem empfehlen, beim Tippspiel mitzumachen.“ **mzo**



„Wir haben ein Wohlfühlpaket bekommen“

„Du musst kein Dortmund-Fan sein, aber das, was wir hier heute erlebt haben, ist einfach toll gewesen“, resümierte das Gewinnerteam des letztjährigen Bundesliga-Tippspiels der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Sabine und Christian Mooser noch ganz unter den vielen Eindrücken stehend. Die beiden Polizisten, die als Duo „Pandussel“ mit 244 Punkten nach 34 Spieltagen der Saison 2015/16 als Erste durchs Ziel gegangen waren, sagten nach sechs Stunden im Dortmunder SIGNAL IDUNA PARK strahlend: „Wir haben ein Wohlfühlpaket bekommen, das wir so nicht erwartet hatten. Es stimmte alles. Wir wurden ins Stadion gefahren, erhielten VIP-Karten, tolle Tribünenplätze, es gab Essen und Trinken vom Feinsten und die Gewerkschaftskollegen kümmerten sich prima um uns.“

ganze Drumherum lässt gar keine Traurigkeit über verlorene Punkte aufkommen“, meinte Sabine noch lange nach dem Abpfiff beim Blick auf die verwaiste Südtribüne, wo Stunden vorher noch 26.000 eingefleischte Dortmund-Anhänger dicht an dicht im mit über 81.000 Zuschauer ausverkauften Stadion standen.

Als dann noch Stadionsprecher und BVB-Ikone Norbert Dickel in der SIGNAL IDUNA Gäste-VIP-Lounge vorbeischaute und sich mit den beiden Gewinnern für ein Erinnerungsfoto ab-

Die beiden GdP-Kollegen von der Landespolizei Südhessen, die seit vergangem Jahr erst mit Trauring gemeinsam durchs Leben gehen, wollten das Erlebte erst mal sacken lassen – 6:0 gegen Darmstadt 98. Die Atmosphäre im größten Stadion Deutschlands sei so schon einzigartig und diesmal noch dieses Beiprogramm, sagte Borussia-Fan Christian, der zur Feier des Tages mit seinem schwarz-gelben Schal seine große Fußball-Liebe deutlich zum Ausdruck brachte.

Der 32-Jährige und seine 35-jährige Ehefrau, seit mehr als 20 Jahren Fan von Eintracht Frankfurt, hatten mittags beim Treff im Hotel „Zweibrücker Hof“ in Herdecke erwartungsvoll auf den Tag geblickt. Beide tippten 3:0 für Dortmund. Dass es am Nachmittag ein Torfestival geben würde, wussten sie noch nicht.

„Auch wenn unsere Tipps letztlich daneben lagen, die tollen Tore und das



Der „Ball von Bern“: Das Siegerteam im Museum des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in Dortmund nach der BVB-Klatsche für die Darmstädter Lilien. Foto: Schönwald



Gruppenbild mit BVB-Ikone Norbert Dickel: (v.l.) Torsten Uhlig, Bereichsleiter Marketing, Svenja Hüls, Agentur „Goldene Generation“, Christian und Sabine Mooser und GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow.

Foto: Schönwald



lichten ließ, waren die erlebnisvollen Stunden perfekt. Der ehemalige Borussia-Spieler Dickel sprach vom besten Spiel der Dortmunder in den letzten Jahren. „Super war dabei, dass wir fünf der sechs Tore unmittelbar vor unseren Sitzplätzen fielen“, meinten die Tipp-Experten, die zu Beginn des Tages ganz offiziell vom GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow, dem Bundeskassierer Jörg Bruchmüller und Vertretern der SIGNAL-IDUNA-Gruppe, unter anderem Torsten Uhlig, Bereichsleiter Marketing, als Sieger beglückwünscht worden waren.

wsd

forum

LESERMEINUNG

Zu: Gewalt gegen Polizisten, DP 9/16

Natürlich ist es richtig und für uns wichtig, dass nun ein neues, verschärftes Strafmaß zur Anwendung kommen soll. Doch das ist eben nur die halbe Miete. Das Problem der gesellschaftlichen Akzeptanz unserer Polizei, ihrer Vertreter in Uniform oder Zivil, ihrer Maßnahmen, ihrer präventiven Dienstausbildung – das alles ändert ein Gesetz, eine Strafverschärfung leider nicht. Das gilt inzwischen für alle Vertreter der staatlichen Ordnung. Die sogenannten Reichsbürger haben dazu wenigstens noch eine – aus ihrer Sicht begründete – (verquere) Logik. Dass sich aber immer mehr „normale“ Bürger dazu herablassen, Polizisten, Gerichtsvollzieher oder Justizbeamte, ja inzwischen auch Rettungsdienst-Angehörige, anzugehen, ihre Arbeit zu stören, sie zu beleidigen, deren Hilfsmittel (Kfz) beschädigen, ohne jedes Maß an Akzeptanz oder wenigstens den normalen mit gegenseitiger Achtung geprägten Umgang vermissen lassen, ist bedenklich. Das sind gesellschaftliche Probleme, derer mit Strafen allein nicht Herr zu werden ist.

Einen großen Einfluss hat da – ganz klar – „Social Media“. Facebook ist

inzwischen die größte Kloake der Welt – und wem danach ist, der „saugt“ sich daraus seine Bestätigung, indem er die ganzen Hass- und Beleidigungsbotschaften, auch viele „fakes“, für sich aufnimmt, teilt, weiterverbreitet oder gar noch eins draufsetzt.

Es ist uns inzwischen der normale, von Höflichkeit geprägte und allgemein akzeptierte Umgangston untereinander abhandengekommen. Oder kurz: das Minimum an Anstand und gegenseitigem Respekt. Dies werden wir kaum mehr ändern können, mit noch so viel Strafen.

Was wir können, das ist, uns als Polizei nicht auf gleiches Niveau zu begeben, nicht dazu herab lassen. Ein „cooler“ Spruch weniger ist oft ein Mehr an Professionalität. Auch ein sogenannter Sandler, zum Beispiel hat Anspruch auf das menschenwürdige „Sie“, auf dieses Minimum an Respekt, das jedem zusteht.

Schon als Dienstanfänger damals in München lernte ich von meinem „Bärenreiter“: sich etwas mehr Zeit zum Zuhören nehmen, kann oft ein Vielfaches an Zeit für lange Schreibarbeit ersparen.

Winfried Neubauer, Vorsitzender der Kreisgruppe Marktredwitz/Selb/Wunsiedel

Zu: 50 Jahre JUNGE GRUPPE (GdP), DP 11/16

Die meisten Menschen haben keine Vorstellung, was im Ruhestand passiert. Reicht der Ruhestand aus oder wollen sie einen Unruhestand. Eigentlich sollte das jeder für sich entscheiden, wie er Ruhe mit Unruhe mischt. Ob er sich in Ehrenämter oder andere Tätigkeiten drängen lässt, sich fit hält oder gehen lässt – oder nur Spaß machende Hobbys pflegt, zum Beispiel GdP-Landesseniorenvorsitzender in Bayern.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**

Die Leute rennen über die lang ersehnte Ziellinie und sind dann ganz erstaunt, wie wenig ihre Vorstellungen mit der Realität zu tun haben. Hat man sich für Alternative GdP-Arbeit entschieden, darf Seniorenarbeit nicht zu einer billigen Hilfe werden und zu einem bedeutungslosen „Mitwursteln“ führen. Wir wollen in unserer Denkart in Ganzheit angenommen und verstanden und nicht nur mit einem wohlwollenden Desinteresse abgespeist werden.

Auch wir Senioren sind mal in die Schule gegangen, haben Lesen, Schreiben, Rechnen und selbständiges Denken gelernt, und nicht nur Integration, Globalisierung und Internet. Wir haben auch noch draußen gespielt und nicht nur vor dem Computer gesessen. Und geschadet hat es uns nicht. Wir sind verträglich, stabil, umgänglich und erfolgreich geworden und haben mit aufgebaut, was uns ganz Schlaue jetzt sukzessive kaputt machen wollen.

Wir stehen dazu, dass unsere berufstheoretischen Motive nicht nur rudimentärer Art sind und wir auch im Ruhestand einen gesunden Berufsstolz haben. Nachdem das Alter der häufigste Grund für Diskriminierung ist, haben wir uns entschieden, in den GdP-Seniorengruppen aus Überzeugung dagegen zu halten. Das heißt, dass Gewerkschaft und soziale Gerechtigkeit enger miteinander verknüpft werden müssen.

Im aktiven Dienst sind die Polizistinnen

und Polizisten häufig im Dauerspatiat zwischen Außendienst und Schreibtisch überfordert, beim Ruheständler spielt sich das zwischen der Familie und Ehrenamt/Hobby ab. Wir sind aber auch empfindlicher, wenn es um unser Vaterland (aus der Mode gekommener Wert) geht. Unsere Grundidee ist, dass man die Grenzen dessen, was leistbar ist, nicht aus den Augen verlieren sollte. Wir müssen adäquate Systeme zur Identifikation, Qualifizierung und Limitierung von Risiken entwickeln und implementieren.

Ein Beispiel: So einfach wie wir Deutsche uns es bei der Flüchtlingspolitik machen, geht es nicht. Diejenigen, die helfen und sich einsetzen, werden als naive Gutmenschen belächelt, während die anderen schnell als Nazis gelten. Man darf nicht nur situativ handeln, sondern muss auch perspektivisch denken. Wir brauchen ein Reset.

Eine beachtenswerte Größe bei der Stimmungsmache sind dabei die sozialen Medien. Ich frage mich nur, was daran sozial ist? Außer, dass sie Millionen von Dummköpfen das Wort erteilen. Auch sollte sich die gewerkschaftliche Obrigkeit nicht immer vorschnell dem jeweils vorherrschenden Zeitgeist anpassen.

Da ich mir meine Meinung nicht mehr von Kirchenfürsten, Politikern, Gerichten oder Talkshows eintrichtern lassen will, habe ich mir mal selbst (nicht er-

schöpfende) Gedanken gemacht, was mich als Ruheständler a) freut, b) unbeliebt macht und c) beunruhigt. Zu a) Keinen Zwang und Termindruck zu haben, kein Befehlsempfänger mehr zu sein, die neue Freiheit (ausgenommen Haushalt) zu genießen. Zu b) Unsere Ehrenämter hinwerfen, unser Konsumverhalten ändern, weniger in Urlaub fahren, keine Versammlungen mehr besuchen, unsere Spendenbereitschaft einschränken, uns endlich mal umfassend einig sein. Zu c) Unter die verdeckte Altersarmut zu fallen, eine unterschiedliche Behandlung von Versorgungsbezügen und Dienstbezügen, eine Absenkung der Beihilfe, in die Rentenkasse einzahlen zu müssen, dass das soziale Sicherungssystem nicht mehr greift, wir Opfer bestimmter krimineller Deliktgruppen werden, nicht begreifbare Gerichtsurteile.

Was ich überhaupt nicht brauche, ist, dass wir Senioren zunehmend an Wertschätzung verlieren und uns die Medien ein moralisches Geländer in die Hand geben wollen, wie wir die Welt zu sehen haben. Vielleicht traut man uns nicht zu, dass wir uns eine eigene Meinung bilden. Und am schlimmsten finde ich, dass immer die alles von uns wissen, die noch im Ruhestandler waren – aber die haben ja studiert und müssen alles wissen (zur Volksberuhigung) – nur nicht was sie wollen!

Günter Klinger,
GdP-Seniorenvorsitzender Bayern



Nr. 1 • 66. Jahrgang 2017 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**
**Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirkssteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
182.474 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

**Titel
Foto:**
Rembert Stolzenfeld
Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Hrsg. von **TeLios Steuerschulungen**.



37. Auflage 2017

Umfang: 216 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“. Als Polizeiangehöriger gibt es dabei Einiges zu beachten. Dieses Buch, inzwischen in der 37. Auflage erschienen und immer auf den neuesten Stand der Steuergesetzgebung gebracht, geht dabei speziell auf Besonderheiten des Polizeiberufes ein.

Damit ist die Steuerfibel eine unverzichtbare Hilfestellung für Polizeibeamte. Denn sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert sind. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommenssteuer-Erklärung zahlreiche Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Sicher verstaut

Pilotenkoffer SILVANA

Arretierbares Trolleysystem, abschließbare Vortasche, Seitentasche, zwei Zahlenkombinationsschlösser. Innen: Geräumiges Hauptfach, gepolstertes Laptopfach, Hängeregistervorrichtung, drei Schreibgeräteschlaufen, Visitenkartenfach und Reißverschluss tasche im Deckel.

- Farbe schwarz
- Material Echt-Leder
- Maße ca. 40 x 49 x 25 cm
- Innenmaße ca. 34 x 44,5 x 22 cm
- Innenmaße Laptopfach ca. 30 x 42 x 5 cm
- Trolleyhöhe ca. 103 cm

259001  119,00 € 142,95 €

Alassio®



Alassio® Pilotenkoffer SAN REMO

Teleskoprolleysystem, zwei mattsilberne Zahlenschlösser, Laptopfach, zwei Seitentaschen.

- Farbe schwarz
- Material Lederimitat
- Maße ca. 40 x 45 x 26 cm
- Innenmaße ca. 36 x 40,5 x 16 cm
- Innenmaße Laptopfach ca. 26 x 39 x 4 cm
- Trolleyhöhe ca. 102 cm

259101  78,95 € 98,95 €

Pilotenkoffer OMEGA

Glattes Aluminium mit integriertem, arretierbarem Teleskoprolleysystem, verstärkte Kanten, zwei Zahlenkombinationsschlösser, Heavy-Duty-Griff und Skaterrollen. Innenaufteilung: Laptopfach, drei Schreibgeräteschlaufen und zwei Kartensteckfächern im Deckel.

- Farbe silber
- Material Aluminium
- Maße ca. 38,5 x 48 x 23 cm
- Innenmaße ca. 35,5 x 46,5 x 17,5 cm
- Innenmaße Laptopfach ca. 33 x 41 x 7 cm
- Gewicht ca. 4,02 kg
- Trolleyhöhe ca. 102 cm

259201  98,95 € 109,95 €

ALUMAXX®



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31.01.2017

Weitere Koffer, Taschen und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de